

ZA-Archiv Nummer 6405

Senioren 1992

Sozialwissenschaftliches
Forschungszentrum
Berlin-Brandenburg e. V.

K u r z s t u d i e

Lebensbedingungen und Handlungsintensionen älterer Menschen im
Zuge des Transformationsprozesses in den neuen Ländern

Gefördert durch die Kommission für die Erforschung des sozialen
und politischen Wandels in den neuen Ländern e. V. (KSPW)

Dipl.-Soz. Heidrun Schmidtke
Dr. sc. phil. Klaus-Peter Schwitzer

Methodenbericht:

Dipl.-phil. Dagmar Schreiber
Empirisch-methodische Arbeitsgruppe des
SFZ Berlin-Brandenburg e. V.

Technische Bearbeitung:

Sabine Wischnewsky

Berlin, Januar 1993

Inhalt	Seite
1. Vorbemerkung	4
2. Methodenbericht	5
2.1. Datenbasis	5
2.2. Grundgesamtheit	5
2.3. Stichprobendesign	5
2.4. Feldbedingungen	5
2.5. Ausfallgründe	6
2.6. Auswertungsverfahren	6
3. Empirische Ergebnisse - Übersicht	7
4. Lebensbedingungen älterer Menschen	9
4.1. Einkommen	9
4.2. Wohnen im Alter	13
4.2.1. Größe und Struktur von Altenhaushalten	14
4.2.2. Wohnformen	16
4.2.3. Wohnungsgrößen	17
4.2.4. Wohnungsausstattung	17
4.2.5. Wohnungszufriedenheit und Umzugsbereitschaft	18
4.2.6. Die Wohnungssituation älterer Menschen im "Ost-West sowie Alt-Jung-Vergleich"	20
4.3. Erwerbstätigkeit im Alter	21
4.3.1. Zum Rückgang der Erwerbsbeteiligung	22
4.3.2. Interesse an einer Weiterarbeit im Alter	24
4.3.3. Chancen für eine Erwerbstätigkeit im Rentenalter	26
4.4. Gesundheit, medizinische und soziale Betreuung	28
4.4.1. Selbsteinschätzung des Gesundheitszustandes	28
4.4.2. Hilfe-, Unterstützungs- und Pflegebedarf	31
4.4.3. Gesundheitliche Betreuung	32
4.4.4. Soziale Betreuung	33
4.4.5. Betreuung durch Familienangehörige und Erwartungs- haltungen gegenüber Familie und Staat	34
5. Subjektive Reflexionen des Systemwandels	38
5.1. Wichtigkeit einzelner Lebensbereiche	40
5.2. Allgemeine Lebenszufriedenheit	44
5.3. Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbedingungen	47
5.4. Zukunftszuversicht älterer Menschen	49

1. Vorbemerkungen

Für die älteren Menschen in den neuen Bundesländern und Berlin(Ost) stellen die mit der Einheit Deutschlands einhergehenden Sozialumstellungen einen wiederholten Bruch ihrer bisherigen Lebenslaufperspektive dar. Die neuen sozialen, politischen und institutionellen Gegebenheiten führen zu anderen Lebensbedingungen und -lagen und beeinflussen soziale Beziehungen und Verhaltensweisen. Sie haben beträchtliche Folgen für die Selbstorientierung der älteren Mitbürger im Osten Deutschlands und finden ihren Niederschlag in subjektiven Bewertungen und Erwartungshaltungen. Eine Besonderheit für die älteren Menschen besteht darin, daß sie aufgrund eines anderen Zeithorizonts als jüngere, kaum noch die Möglichkeit der eigenen Einflußnahme auf wichtige Seiten ihrer sozialen Lage (z. B. Vermögensbildung, Erwerbstätigkeit) haben, so daß neben Hoffnungen auch spezifische Befürchtungen, Ängste und Sorgen entstehen.

Die Kurzstudie soll Aufschluß geben über

- die mit dem Beitritt einhergehenden gravierenden Wandlungen und Differenzierungen in ausgewählten Lebensbereichen und -lagen älterer Menschen,
- subjektive Reflexionen des Systemwandels,
- Veränderungen in der Wichtigkeit sozialer Lebensbereiche und in den Lebenszufriedenheiten zwischen dem Januar 1990 und dem Mai/Juni 1992.

2. Methodenbericht

2.1. Datenbasis

Als aktuelle Datenbasis dient die repräsentative Befragung älterer Menschen (60 Jahre und älter) in den neuen Bundesländern "Senioren '92 nbl" vom Mai/Juni 1992, die als Zufallsstichprobe angelegt war. Die Befragung wurde finanziell unterstützt durch die Volkssolidarität e. V., die Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e. V. (KSPW) sowie die Koordinierungs- und Aufbau-Initiative für die Forschung in den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (KAI e. V.). Die Datenbasis ist Grundlage für den von der Volkssolidarität e. V. in Auftrag gegebenen Altenreport '92 und zugleich für die vorliegende Studie.

2.2. Grundgesamtheit

Als Gesamtheit für die Untersuchung wurden alle Personen definiert, die in den neuen Bundesländern und in Ost-Berlin in Privathaushalten leben und zum Zeitpunkt der Befragung das 60. Lebensjahr vollendet haben. Ausgeschlossen waren damit Heim-, Anstalts- und Kasernenbewohner sowie im Ausland lebende Bürger.

2.3. Stichprobendesign

1. Stufe: - Zufallsauswahl von 40 aus 227 Kreisen der ehemaligen DDR und Überprüfung des Referenzcharakters nach wesentlichen Strukturmerkmalen sowie bezüglich der Repräsentation der jeweiligen Bundesländer.
2. Stufe: - Kreisweise Ziehung einer Menge von Zufallsadressen in Abhängigkeit vom Bevölkerungsanteil des jeweiligen Kreises an der Gesamtbevölkerung der ausgewählten Kreise.
 - Vorgabe eines random-route Verfahrens, über das ausgehend von einer zufällig gezogenen Startadresse die erforderliche Anzahl von Haushalten (ca. 5) aufzufinden ist.
 - In den angetroffenen Haushalten sind alle Personen über 60 Jahre zu interviewen.

Für die Studie sollten 1000 verwertbare Datensätze zur Verfügung stehen, die als standardisierte Interviews mit Fragebogen erhoben wurden.

2.4. Feldbedingungen

Die Durchführung empirischer Untersuchungen im Osten Deutschlands wird erheblich erschwert durch eine beträchtliche Verunsicherung unter der Bevölkerung. Zudem sind nach Aussagen unserer Interviewer Mißtrauen, Angst und Feindseligkeit bei der Kontaktaufnahme an der Wohnungstür häufig die Folge schlechter Erfahrungen mit Scharen von Drückern, Vertretern u. a. Es mehren sich Fälle, wo Betreiber von Haustürgeschäften unter der Tarnbezeichnung "Interviewer" tätig sind (aus zwei Kreisen wurde das im direkten Zusammenhang mit unserer Untersuchung mitgeteilt) - derartige Vorfälle diskreditieren die Meinungsforschung ungemein und können zu plötzlich punktuellen Massenausfällen führen.

Bezweifelt werden häufig (im Gegensatz zur Zeit unmittelbar nach der "Wende", als Meinungsforschung in Ostdeutschland noch vom Bonus der allgemeinen Euphorie und Neugier profitierte) die Sinnhaftigkeit solcher Untersuchungen und die tatsächliche Einhaltung der Datenschutzbestimmungen.

2.5. Ausfallgründe

Von den versandten 1.300 Fragebögen gingen 1.001 verwertbare Bögen (77 Prozent) ein. Ausgehend von den Zufallsadressen wurden 1.715 Anläufe von den Interviewern unternommen, um die angestrebte Anzahl von auswertbaren Fragebögen zu erhalten. Das ergibt eine Erfolgsquote von 58 Prozent und bestätigt die Erfahrung von einer spürbar gestiegenen Umfrageverdrossenheit. Die Verweigerungsrate bei den angetroffenen Zielpersonen betrug 25 Prozent und liegt damit um einige Prozentpunkte unter den Verweigerungsraten anderer Untersuchungen.

2.6. Auswertungsverfahren

Die von Fachkräften eingelesenen Daten wurden hinsichtlich der Einhaltung zulässiger Wertebereiche geprüft. Diesbezügliche Fehler wurden nach Einsicht in die jeweiligen Fragebogen dem Kontext und der Logik entsprechend korrigiert, so daß die Datei von Verschiebungen gesäubert wurde. Die auf dieser Arbeitsstufe entstandene Rohdatenmatrix stimmt mit den von den Probanden gegebenen Antworten in sehr hohem Maße überein.

Diese Matrix war der Ausgangspunkt, um in einem zweiten Schritt die Einhaltung der Filterführung zu kontrollieren. Entsprechende Fehler wurden eliminiert. So erhielten wir eine Rohdatenmatrix, die die Grundlage für die statistische und tabellarische Auswertung der Daten mittels des SPSS-Programms bildet.

3. Empirische Ergebnisse - Übersicht

Um Entwicklungstendenzen zu ermitteln, Unterschiede zwischen den Lebenslagen jüngerer und älterer Bevölkerungsgruppen in den neuen Ländern sowie Differenzierungen in den Lebensbedingungen zwischen den alten und neuen Bundesländern darzustellen, werden die empirischen Ergebnisse der Befragung "Senioren '92 nbl" z. T. mit Befunden des SOEP und anderer Untersuchungen aus der DDR und der Zeit seit der Wende sowie mit Angaben der amtlichen Statistik verglichen.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Gesamtüberblick über die Stichprobe nach demographischen und sozialrelevanten Merkmalen.

Tabelle 3.1.: Gesamtübersicht zur Stichprobe "Senioren '92 nbl"

Gesamtzahl	1001	100%

Geschlecht		
- Mann	340	34%
- Frau	661	66%
Alter		
- 60-69 Jahre	499	50%
- 70-79 Jahre	319	32%
- über 80 Jahre	97	10%
- keine Angaben	86	8%
Familienstand		
- verheiratet	490	49%
- ledig	49	5%
- geschieden	73	7%
- verwitwet	380	38%
- keine Angaben	9	1%
Schulabschluß		
- unter 8. Klasse	60	6%
- 8. Klasse	741	74%
- 10. Klasse	137	14%
-12. Klasse/Abitur	56	5%
- keine Angaben	7	1%
Qualifikation		
- keine	214	21%
- Teilfacharbeiter	35	4%
- Facharbeiter	472	47%
- Meister/Techniker	58	6%
- Fachschule	154	15%
- Hochschule	57	6%
- keine Angaben	11	1%
frühere Arbeitstätigkeit		
- nicht berufstätig	21	2%
- Arbeiter	337	34%
- Bauer/Landwirt	79	8%
- Angestellter	422	42%
- Intelligenz	70	7%
- Handwerker	31	3%
- Einzelhändler	7	0,5%

- mithelfendes Familienmitglied eines Selbständigen	18	2%
- freischaffend	6	0,5%
- anderes	10	1%

Rente in DM

- unter 600,- DM	39	4%
- 600 - 799,- DM	155	15%
- 800 - 999,- DM	243	24%
- 1000 - 1249,- DM	250	25%
- 1250 - 1499,- DM	135	14%
- 1500 - 1750,- DM	57	6%
- über 1750,- DM	18	2%
- keine Angabe	104	10%

Ortsgröße

- unter 5000 Einw.	287	29%
- 5000- 20000 Einw.	125	12%
- 20000-100000 Einw.	217	22%
- über 100000 Einw.	363	36%
- keine Angaben	9	1%

4. Lebensbedingungen älterer Menschen

Die Lebensbedingungen bzw. -lagen der Menschen in den neuen Ländern sind zunächst einmal das Resultat der politischen Verhältnisse der vormaligen DDR und des dort erreichten Produktivitäts- und Effektivitätsniveaus der Wirtschaft, d. h., für diese war und ist ein weitgehend nivelliertes Lebensniveau charakteristisch. Gemessen an altbundesdeutschen sozialen Lagen war es deutlich niedriger.

Dies läßt sich beispielsweise an den Einkommensverhältnissen (Rentenhöhe, Spareinlagen, Vermögen), an der Qualität der gesundheitlichen Betreuung (Hauskrankenpflege, Versorgung mit Medikamenten und Sachleistungen) aber auch an den Bildungs-, Kultur- und Freizeitangeboten nachweisen. Daher werden sich nahezu drei Millionen RentnerInnen, von ihren Lebensbedingungen, Mentalitäten, Erwartungen, Zufriedenheitsbewertungen und Verhaltensweisen her, noch über einen längerfristigen Zeitraum wesentlich von den Rentnergenerationen der alten Bundesländer unterscheiden, auch wenn sich bestimmte Denk- und Verhaltensmuster als Folge des gesellschaftlichen Strukturwandels z. T. erstaunlich schnell anpassen.

Zu den Unterschieden tragen neben den Differenzierungen, die aus dem Ausgangsniveau resultieren, Divergenzen bei, die sich aus den neuen sozialen Bedingungen der Marktwirtschaft und deren politische und gesellschaftliche Prioritäten sowie aus (sozial)politischen Entscheidungen ergeben.

4.1. Einkommen

Das Renteneinkommen ist in den neuen Ländern mit der im Rahmen der Sozialunion zum 1. Juli 1990 in Kraft getretenen Rentenniveaueinstellung und den Rentnerhöhungen 1991/1992 für die Mehrheit der älteren Menschen in den neuen Bundesländern deutlich gestiegen. Durch die Rentenerhöhungen vergrößerte sich aber auch die Differenz der Zahlbeträge der durchschnittlichen Versichertenrente zwischen Männern und Frauen von rund 141 Mark vor der Rentenumstellung auf 469 DM im Juli 1992.

Tabelle 4.1.1.: Entwicklung der Durchschnittsrenten in M/DM in den neuen Bundesländern - Vollrenten

Zeitpunkt	Versichertenrenten		Witwer-/Witwenrenten	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
30. 6. 1990	572,32	431,59	375,61	370,71
1. 7. 1990	739,09	524,00	437,14	476,96
1. 1. 1991	870,30	619,86	485,26	565,12
2. 7. 1992	1.001,20	716,44	551,70	652,63
1. 1. 1992	1.145,22	764,00	399,67	613,68
1. 7. 1992	1.295,00	826,00		

Quelle: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR)

Im Juli 1992 lag die monatliche durchschnittliche Versichertenrente in den neuen Ländern für Männer bei 1.295,- DM, für Frauen bei 826,- DM. 1)

In der Befragung "Senioren '92 nbl", die vor der Rentenerhöhung im Juli 1992 stattfand, betrug das Durchschnittseinkommen 1.034,- DM, danach erhielten die Männer durchschnittlich 1.185,- DM und die Frauen 956,- DM.

Tabelle 4.1.2.: Renteneinkommen nach Geschlecht, Juni 1990-1992
 - in Prozent - (n= 1001)

Rentenhöhe M/DM	davon:		Stichprobe gesamt
	Männer	Frauen	

Juni 1990			

unter 400	4	96	13,6
400 - 499	15	85	16,2
500 - 599	28	72	13,2
600 - 699	32	68	13,1
700 - 799	50	50	8,0
800 - 899	50	50	6,2
900 - 999	51	49	4,3
über 1000	72	28	7,2
keine Angaben	47	53	18,2

Juni 1992			

unter 600	3	97	3,9
600 - 799	8	92	15,5
800 - 999	24	76	24,3
1000 - 1249	48	52	25,0
1250 - 1499	51	49	13,5
1500 - 1749	63	37	5,7
über 1750	33	67	1,8
keine Angaben	35	65	10,3

Quelle: sfz/Senioren '92 nbl

Die Rentenhöhe differenziert sich vor allem nach Geschlecht, Bildung, Qualifikation und der früheren Erwerbstätigkeit. Der relativ hohe Anteil von rund ein Drittel mit 10-Klassen bzw. Abitur-Abschluß in der unteren Einkommensgruppe ist geschlechts-spezifisch zu interpretieren. 77 bzw. 73 Prozent davon sind Frauen. Sie waren bei insgesamt guten Bildungsvoraussetzungen auch in der DDR vor allem in den traditionellen und schlechter bezahlten Frauenberufen erwerbstätig, z. T. unterhalb ihres Qualifikationsniveaus und in Teilzeitbeschäftigung. Ferner führen die vormals unterschiedlichen Rentenaltersgrenzen für Männer und Frauen zu niedrigeren Frauenrenten. Zugleich ist anzumerken, daß in den neuen Ländern allein die Höhe der Renten bestimmend für das materielle Lebensniveau der älteren Menschen ist. Die gegenwärtigen Rentner- und Vorrentnergenerationen sind nur in geringem Maße Inhaber von zusätzlichen Arbeits-, Lebens- und Krankenversicherungen. Während im früheren Bundesgebiet Rentner- und Pensionärshaushalte 1987 über fast 30 Mrd. DM an Vermögenseinkommen verfügten 2), konnte in der DDR Vermögen kaum gebildet werden; Aktien, hochverzinsliche Geldanlagen u. a. waren dort unbekannt. Die Sparguthaben bei Geld- und Kreditinstituten (1989: 9.700 M/je Einwohner), die z. Z. der Währungsunion etwa ein Viertel des Niveaus in den alten Bundesländern ausmachten, wurden bei RentnerInnen auf 7.850 DM umbewertet, die Guthaben in spar-wirksamen Personenversicherungen (1989: 1081 M/je Einwohner) 3) halbiert.

Zusätzliche Mittel für Not- und Wechselfälle des Lebens sind in der Regel nicht vorhanden, d. h., die finanzielle Situation der AltersrentnerInnen reicht keinesfalls aus, um soziale Notlagen längerfristig zu überbrücken. Ferner muß davon ausgegangen werden, daß bei dem hohen Anteil von Arbeitslosen, Vorruheständlern bzw. Beziehern von Altersübergangsgeld, die Erwerbstätigkeit im Rentenalter als Quelle für eine Einkommenserhöhung künftig kaum eine Rolle spielen wird.

Tabelle 4.1.3.: Verteilung der Renteneinkommen über 60jähriger
nach demographischen und sozialen Merkmalen
Mai/Juni 1992 - in Prozent -

Merkmale der Befragten	Einkommensgruppen (in DM)		
	bis 1.000	1.000 - 1.400	über 1.400
Geschlecht			
- Frauen	65	29	6
- Männer	28	55	17
Alter			
- 60 - 69	56	35	9
- 70 - 79	47	39	14
- 80 u. älter	54	44	2
Familienstand			
- verheiratet	55	34	11
- ledig	60	33	7
- geschieden	63	35	2
- verwitwet	46	43	11
Schulbildung			
- unter 8 Klassen	63	33	4
- 8. Klasse	56	35	9
- 10. Klasse	35	50	14
- Abitur	31	51	18
berufl. Qualifikation			
- keine	77	20	3
- Teilfacharbeiter	69	28	3
- Facharbeiter	56	37	8
- Meister/Techniker	30	55	15
- Fachschule	26	49	25
- Hochschule	13	67	20
frühere Tätigkeit			
- nicht berufstätig	74	26	-
- Arbeiter	59	33	8
- Bauer/Landwirt	66	34	-
- Angestellter	47	40	13
- Intelligenz	18	58	23
- Handwerker	36	50	14
- Einzelhändler	57	43	-
- mithelfende Fam. angehörige	88	6	6
- Freiberufler	50	33	17
- andere	71	29	-

Quelle: sfz/Senioren '92 nbl

Allerdings vermitteln Statistiken solcher Art immer nur Durchschnittswerte, wodurch die z. T. starken Disparitäten der Einkommensverteilung innerhalb der einzelnen Haushaltsgruppen nicht ausreichend erfaßt werden. Daher muß davon ausgegangen werden, daß insbesondere 1-Personen-Rentnerhaushalte, vor allem alleinstehende Frauen im Rentenalter z. T. große Probleme haben, mit ihrem

Einkommen Haushalts- und Lebensführung auf einem angemessenen Niveau zu bewältigen.

Dennoch bleibt festzustellen, daß sich für die Mehrheit der älteren Menschen die Einkommenssituation in den vergangenen zwei Jahren verbessert hat, wie Untersuchungsergebnisse des ehemaligen Instituts für Soziologie und Sozialpolitik (ISS) der AdW und des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg zeigen.

Tabelle 4.1.4.: Ermöglicht Ihr monatliches Haushaltseinkommen im großen und ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse? - in Prozent -

	1990		1991		1992	
	unter 60 Jahre (n=1164)	über 60 Jahre (n= 206)	unter 60 Jahre (n=1138)	über 60 Jahre (n= 230)	unter 60 Jahre (n=1387)	über 60 Jahre (n=1001)
- ja	14	26	16	21	26	31
- ja, mit bestimmten Einschränkungen	54	54	50	54	50	52
- nein, es ist ziemlich knapp	32	20	34	25	24	17

Quelle: ISS/Leben DDR '90/Leben Ostdeutschland '91, sfz/Leben '92/Senioren '92 nbl

Der hier absehbare Trend bestätigt sich ferner in der Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage. Obwohl 17 Prozent der befragten älteren Menschen der Meinung sind, daß ihr Einkommen nicht ausreicht, um die Bedürfnisse im gewünschten Maße zu befriedigen, bewerten relativ wenige ihre wirtschaftliche Lage als schlecht.

Tabelle 4.1.5.: Wie beurteilen Sie heute Ihre eigene wirtschaftliche Lage? - in Prozent -

	unter 60 Jahre	über 60 Jahre
sehr gut	2	5
gut	38	47
teils gut/teils schlecht	48	39
schlecht	9	9
sehr schlecht	3	-

Quelle: sfz/Leben '92/Senioren '92 nbl

Einen Teil des Einkommens und der Ersparnisse haben die Älteren, wie die Mehrzahl der ehemaligen DDR-Bürger, in den vergangenen zwei Jahren dazu benutzt, um sich früher nicht erfüllbare Konsumträume zu verwirklichen. Vor allem wurden Farbfernsehgeräte und Autos angeschafft.

Tabelle 4.1.6.: Veränderungen in der Haushaltsausstattung der Rentnerhaushalte seit 1990 - in Prozent -

Gegenstand	1992 vorhanden	davon seit 1990 neu angeschafft
- Kühlschrank	95	9
- Tiefkühlschrank	52	8
- Waschmaschine	86	8
- Fernseher schwarz/weiß	21	1
- Farbfernseher	76	29
- Radio	91	5
- Plattenspieler, Tonbandgerät, Recorder	43	6
- Musikinstrument	8	1
- Bibliothek mit mehr als 100 Büchern	21	1
- Hobbyausrüstung	19	1
- Pkw	24	10

Quelle: sfz/Senioren '92 nbl

Literatur

- 1) Verband Deutscher Rentenversicherungsträger. Zusammengestellt nach: Rentenanpassungsbericht 1991, S. 16, VDR-Statistik, Rentenbestand, Bd. 100, Frankfurt/Main 1992, Bundestagsdrucksache 12/1841, Rentenanpassungsbericht 1991, S. 16
- 2) Statistisches Bundesamt (Hrsg.). Im Blickpunkt: Ältere Menschen, Stuttgart 1992, S. 128
- 3) Statistisches Jahrbuch der DDR, Berlin, S. 302, 303

4.2. Wohnen im Alter

Das Wohnen und das Wohnumfeld gewinnen im Alter eine besondere Bedeutung. Da sich die tägliche Aufenthaltszeit in der Wohnung erhöht und ein Großteil der Lebensäußerungen in diesem Bereich vollzogen wird, haben die Wohnbedingungen einen entscheidenden Einfluß auf die Lebensqualität im Alter. Bei möglicherweise nachlassender Gesundheit und verringerter körperlicher Mobilität können Ausstattung, Lage der Wohnung und Wohnumfeld mit darüber entscheiden, ob der ältere Mensch seinen Haushalt selbständig führen kann. Schließlich sind die Wohnbedingungen ein entscheidender Faktor für Art und Umfang erforderlicher Hilfe und Betreuung. Wohnzufriedenheit im Alter wird daher weniger durch die Größe der Wohnung als vielmehr durch Wohnkomfort und Ausstattung bestimmt.

4.2.1. Größe und Struktur von Altenhaushalten

Von der Gesamtzahl der in der Untersuchung "Senioren '92 nbl" Befragten, lebten 41 Prozent allein (rund 16 Prozent der Männer und 53 Prozent der Frauen), 50 Prozent in Zweipersonenhaushalten sowie 6 Prozent in Drei- und 3 Prozent in Vier- und Mehrpersonenhaushalten.

Tabelle 4.2.1.: Alleinlebende Männer und Frauen
(Einpersonenhaushalte) - in Prozent -

Altersgruppe	Männer	Frauen
60 bis unter 65 Jahre	8	35
65 bis unter 70 Jahre	9	49
70 bis unter 75 Jahre	14	64
75 bis unter 80 Jahre	32	78
80 Jahre und älter	36	76
60 Jahre und älter insg.	16	53

Quelle: sfz/Senioren '92 nbl

Von den insgesamt ermittelten Einpersonenhaushalten entfielen 87 Prozent auf Frauen. In Mehrpersonenhaushalten lebten 47 Prozent der Frauen und 84 Prozent der Männer, darunter in 2-Personenhaushalten 37 Prozent der Frauen gegenüber 74 Prozent der Männer.

Tabelle 4.2.2.: In Zwei- und Mehrpersonenhaushalten lebende
Frauen und Männer nach Altersgruppen -in Prozent -

Haushaltsgröße -Personenzahl-	Männer				
	60-64 J.	65-69 J.	70-74 J.	75-79 J.	80 J.u.älter
1	8	9	14	32	36
2	73	80	80	62	61
3	16	6	4	3	-
4	2	2	1	3	-
5 und Mehr	1	3	1	-	3

	Frauen				
	60-64 J.	65-69 J.	70-74 J.	75-79 J.	80 J.u.älter
1	35	49	64	78	76
2	52	46	33	13	18
3	11	5	1	4	5
4	1	-	1	3	-
5 und mehr	1	-	1	2	1

Quelle: sfz/Senioren '92 nbl

Von den Befragten wohnten 42 Prozent mit einem Partner bzw. einer Partnerin zusammen, bei knapp 16 Prozent lebten deren Kind(er) im gemeinsamen Haushalt, 2 Prozent lebten mit Verwandten, Freunden oder Bekannten.

Tabelle 4.2.3: Zusammen leben mit - in Prozent -

	gesamt	davon	
		Männer	Frauen
mit (Ehe-) Partner(in)	42	54	46
mit (Ehe-) Partner(in) und Kind(ern)	10	51	49
mit Kind(ern) ohne (Ehe-) Partner(in)	6	16	84
mit Verwandten	2	12	88
mit Freunden und Bekannten	*)	-	-
allein	41	13	87

*) unter 0,5 Prozent

Quelle: sfz/Senioren '92 nbl

Für die Zweipersonenhaushalte sind Ehepartnerschaften typisch. Von den Befragten, die nicht allein leben, wohnten 70 Prozent mit dem Partner zusammen. Seltener ist das Zusammenleben mit Kindern, 17 Prozent leben gemeinsam in einem Haushalt mit Partner(in) und Kind(ern), 10 Prozent nur mit Kind(ern), rund 3 Prozent mit anderen Verwandten und weniger als 1 Prozent mit Freunden und Bekannten.

Die Kinder der befragten älteren Menschen wohnen fast zu Drei-viertel in der Nähe der elterlichen Wohnung (bis zu 1 Stunde entfernt), jedes Fünfte weiter weg.

Tabelle 4.2.4.: Wohnentfernung zu den Kindern - in Prozent -

- in derselben Wohnung	7
- im selben Haus/Häuserblock	14
- in der Nachbarschaft (bis zu 30 Minuten entfernt)	28
- 30 Minuten bis 1 Stunde entfernt	21
- weiter weg	19
- ich habe keine Kinder	11

Quelle: sfz/Senioren '92 nbl

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die befragten älteren Menschen größtenteils in eigenen Wohnungen und (wohn)räumlicher Distanz zu ihren Kindern, d. h., in Eingenerationen-Haushalten leben. Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil der Einpersonenhaushalte, in erster Linie bei den Frauen. Unter dem Aspekt, daß bei eventuell eintretender Betreuungs- und Pflegebedürftigkeit im Alter die erforderliche Hilfe und Unterstützung, Betreuung und Pflege vor allem von Angehörigen geleistet wird, leben Männer unter günstigeren Bedingungen als Frauen. Die älteren Männer erleben das Alter in der Regel mit einer (zumeist jüngeren) Partnerin, während die Frauen ihren Partner "überleben" und besonders im höheren Lebensalter (75 Jahre und älter) Haushalts- und Lebensführung allein bewältigen müssen.

4.2.2. Wohnformen

Von den in der empirischen Untersuchung "Senioren '92 nbl" befragten älteren Menschen lebten 73 Prozent in einer Mietwohnung (darunter 14 Prozent in einer genossenschaftlichen Wohnung, 2 Prozent in einer Betriebswohnung), 1 Prozent in einer Eigentumswohnung und 26 Prozent im eigenen Haus.

Vergleicht man die Wohnform mit sozialen bzw. sozialdemographischen Merkmalen der Bewohner (Schulbildung, berufliche Qualifikation, Tätigkeit, Rentenhöhe, Geschlecht, Familienstand) so zeigt sich auch hier das weitgehend nivellierte Lebensniveau in der ehemaligen DDR.

Tabelle 4.2.5.: Wohnformen nach sozialen und sozialdemographischen Merkmalen - in Prozent -

Lebenslagen- merkmale	Art der Wohnform				
	Mietw. (56,1%	Genossen- schaftsw. 14,4%	Betriebsw. 2,2%	Eigentum 1,3%	eigenes Haus 26 %)
Schulabschluß					
- unter 8. Klassen	80	7	-	-	12
- 8. Klasse	53	14	3	1	28
- 10. Klasse	59	20	1	2	18
- Abitur	64	14	-	-	21

Qualifikation					
- keine	57	12	2	1	27
- Teilfacharbeiter	60	11	11	3	14
- Facharbeiter	56	15	3	1	26
- Meister/Techn.	43	17	-	5	34
- Fachschule	56	18	1	2	23
- Hochschule/Univ.	67	11	-	-	23
frühere Tätigkeit					
- nicht berufstätig	67	10	-	-	24
- Arbeiter	57	13	3	1	26
- Bauer/Landwirt	25	6	3	4	62
- Angestellter	63	17	2	1	16
- Intelligenz	54	21	-	-	24
- Handwerker	48	16	-	6	29
- Einzelhändler	29	14	-	-	57
- Fam.mitglied	33	-	6	-	61
- freischaffend	67	-	-	-	33
- anderes	30	10	-	10	50
Rente in DM					
- unter 600 DM	44	18	3	3	33
- 600- 799 DM	57	14	3	1	25
- 800- 999 DM	61	12	1	1	24
- 1000-1249 DM	56	14	2	2	26
- 1250-1499 DM	57	16	4	1	23
- 1500-1749 DM	49	19	-	4	28
- über 1750 DM	56	17	-	-	28
Geschlecht					
- Mann	49	12	2	3	34
- Frau	60	16	2	1	21
Alter					
- 60-69 Jahre	51	16	2	1	29
- 70-79 Jahre	63	13	2	2	20
- ab 80 Jahre	63	8	4	1	22
Familienstand					
- verheiratet	46	14	2	2	35
- ledig	61	24	2	-	12
- geschieden	77	16	-	-	7
- verwitwet	64	13	2	1	19
Zusammenwohnen					
- Ehepartner/Kinder	35	7	1	1	56
- Ehepartner	50	15	3	2	29
- mit Kindern	41	9	2	-	48
- mit Verwandten	65	6	-	-	24
- Freunde/Bekannte	33	67	-	-	-
- allein	70	16	2	1	12

Quelle: sfz/Senioren '92 nbl

Die Merkmale Geschlecht, Alter und Familienstand korrelieren z. B. stärker mit dem Wohnen im eigenen Haus als jene Merkmale, die die frühere soziale Lage bestimmten, wie Bildung und Qualifikation, Stellung im Erwerbsleben (außer bei den Landwirten), Einkommen und sozialer Status.

4.2.3. Wohnungsgrößen

Über die Hälfte der Befragten lebten 1992 in Wohnungen mit 1 oder 2 Zimmern, darunter knapp 9 Prozent in 1-Zimmer-Wohnungen und 47 Prozent in 2-Zimmer-Wohnungen, fast 30 Prozent hatten 3 Wohnräume und 14 Prozent 4 und mehr Zimmer zur Verfügung. Damit lag in dieser Befragung der Anteil der Ein- und Zweiraumwohnungen unterhalb des Durchschnitts der Wohngröße von 1987/88 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und der Anteil der Drei- und Mehrraumwohnungen darüber.

Tabelle 4.2.6.: Wohnungsgröße von Rentnerhaushalten 1987/88 - 1992
- in Prozent -

Wohnräume	DDR gesamt (1987/88)	Senioren '92 nbl
1	14	9
2	53	47
3	22	30
4 und mehr	11	14

Quelle: Statistisches Amt der DDR, sfz/Senioren '92 nbl

Die Wohnungen werden von den Älteren in der Regel allein bewohnt (keine Untervermietung); sie verbleiben nach dem Auszug der Kinder bzw. Tod des Partners in der Wohnung, zumal die Höhe der Mieten in der DDR den Verbleib in größeren Wohnungen ohne allzu große finanzielle Belastungen ermöglichte. Ob künftig ältere Menschen bereit sein werden, die relativ großen (vor allem Altbauwohnungen) aufzugeben und ihr vertrautes Wohnumfeld zu verlassen, wird davon abhängen, ob ihnen relativ preiswerte Ersatzwohnungen mit mehr Komfort angeboten werden können. Ein weiteres Problem des Lebens in zu großen Wohnungen ist die erforderliche hauswirtschaftliche Hilfe und Unterstützung, die der ältere Mensch bei nachlassender Gesundheit bedarf, deren Aufwand sich mit der Größe der Wohnung potenziert.

4.2.4. Wohnungsausstattung

1989 hatten, nach Angaben des Statistischen Amtes der DDR, 1,3 Millionen Wohnungen kein Bad bzw. keine Dusche (18 Prozent), 1,7 Millionen Wohnungen waren ohne Inntoilette (24 Prozent) und 3,7 Millionen ohne moderne Heizung (53 Prozent). Der Komfort von Rentnerwohnungen lag unter diesem Durchschnitt, wobei beträchtliche territoriale Unterschiede zu konstatieren waren.

Tabelle 4.2.7.: Ausstattung der Wohnungen je 100 Haushalte
- in Prozent -

Ausstattungs- merkmale	alle Haushalte DDR gesamt 1989	Rentnerhaushalte DDR gesamt 1) 1987	Senioren '92 nbl 2) 1992
Zentralheizung 3)	47	44	61
Bad/Dusche	82	77	91
IWC	76	70	91

1) Frauen ab 60, Männer ab 65 Jahre

2) Frauen und Männer ab 60 Jahre

3) Fernheizung, Zentralheizung, Etagenheizung sowie Ofenheizung für Strom, Gas, Öl, z. B. Nachtspeicheröfen, Außenwandheizer

Quelle: Statistisches Amt der DDR, sfz/Senioren '92 nbl

Nach der Befragung "Senioren '92 nbl" lebten 33 Prozent in Wohnungen mit Fernheizung, 28 Prozent in einer Wohnung mit Zentral-, Etagen- oder Gasheizung, 39 Prozent hatten Ofenheizung, je 91 Prozent ein Innen-WC sowie Bad und/oder Dusche. Der hohe Anteil an Wohnungen mit Bad/Dusche, IWC in der Befragung "Senioren '92" ergibt sich aus der Tatsache, daß 16 Prozent der befragten Älteren zusammen mit ihren Kindern in deren besser ausgestatteten Wohnungen bzw. in einem Einfamilienhaus leben.

Dies berücksichtigend, kann davon ausgegangen werden, daß in den neuen Ländern etwa 80 Prozent der von älteren Menschen bewohnten Haushalte über ein(e) Bad/Dusche und ca. 78 Prozent über ein IWC verfügen, wobei es ein Nord-Süd-Gefälle und beträchtliche territoriale Unterschiede, insbesondere zwischen Stadt- und Landkreisen gibt.

4.2.5. Wohnungszufriedenheit und Umzugsbereitschaft

Obwohl die Wohnbedingungen nach der Befragung "Senioren '92 nbl" relativ gut sind und etwas über dem Durchschnitt der neuen Bundesländer liegen, hatten 54 Prozent der Befragten an ihrer Wohnung etwas auszusetzen.

Tabelle 4.2.8.: Wohnzufriedenheit 1987/88/ 1992

- in Prozent -

Merkmale der Wohnqualität	Beurteilung	
	1987/88 (n= 680) 1)	1992 (n= 1001)
ist zu groß	4	6
ist zu klein	5	3
ist zu hoch gelegen	9	5
ist zu kalt	15	13
ist zu teuer	4	19
hat kein Bad/Dusche	16	6
hat kein IWC	8	5
hat viele bauliche Mängel	*)	21
ist stark renovierungsbedürftig	14	15
anderes	10	9
ich habe nichts auszusetzen	45	46

*) nicht erfragt

1) Befragung des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik in
2 Klein- und 2 Großstädten der ehemaligen DDR

Quelle: ISS, sfz/Senioren '92 nbl

Der relativ große Unterschied bei dem Merkmal "hat kein Bad/Dusche" ist auf die territorialen Besonderheiten bei der Befragung 1987/88 zurückzuführen (hoher Anteil großstädtischer Altbaugebiete). Die größte Veränderung gibt es bei der Beurteilung der Miethöhe, als Folge der Mieterhöhungen und Umlage der Betriebskosten im Herbst 1991.

So zahlten 93 Prozent der Befragten bis September 1991 eine Miete (inklusive Betriebskosten) unter 100,- DM; für 7 Prozent betrug die monatliche Miethöhe 100,- DM und darüber. Ab Oktober zahlten knapp 6 Prozent eine Miete unter 100,- DM und ein Drittel über 300,- DM. Insgesamt hat sich für die Befragten die durchschnittliche Monatsmiete vervierfacht; sie stieg von durchschnittlich 59,- DM auf 252,- DM.

Tabelle 4.2.9.: Miethöhen in den neuen Bundesländern und Ost-Berlin - in Prozent -

Miethöhe	bis September 1991	ab Oktober 1991
unter 50 DM	46	-
50- 99 DM	47	6
100-149 DM	5	14
150-199 DM	2	21
200-249 DM	-	15
250-299 DM	-	12
300-349 DM	-	12
über 350 DM	-	21

Quelle: SFZ, "Senioren '92 nbl"

Der Wunsch nach Verbesserung des Wohnkomforts ist der Hauptgrund, um noch einmal umzuziehen. 17 Prozent sind durchaus bereit noch einmal umzuziehen, darunter 9 Prozent, die "bestimmt" bzw. "wahrscheinlich" umziehen werden. Die neue Wohnung sollte vor allem eine moderne Heizung, IWC und Bad (18 Prozent), 2 oder mehr Wohnräume (15 Prozent) haben, mit Telefon (14 Prozent), Balkon (12 Prozent) ausgestattet sein und sich in der Nähe der Kinder befinden (12 Prozent). Für 10 Prozent der Befragten müßte die neue Wohnung zudem billiger sein als die jetzige. Die Untersuchungen belegen, daß der Wunsch nach Aufrechterhaltung weitestgehender Selbständigkeit in der eigenen Wohnung dominiert.

Tabelle 4.2.10.: Wo möchten Sie am liebsten in den nächsten Jahren leben? - in Prozent -

- in der bisherigen Wohnung	79
- in einer altersgerechten Komfortwohnung	10
- in einem Wohnhaus für ältere Menschen mit abgeschlossener eigener Wohnung	5
- in Gemeinschaftsetagen	*)
- im Alten- oder Pflegeheim	1
- anderes	2
- ich weiß nicht	2
- keine Antwort	1

*) unter 0,5 Prozent

Quelle: sfz/Senioren '92 nbl

Lediglich 1 Prozent der Befragten möchte in einem Heim leben, selbst bei eintretender Betreuungs- und Pflegebedürftigkeit wären vorbehaltlos nicht mehr als 12 Prozent bereit, in ein Heim zu ziehen. Unter bestimmten Bedingungen würden sich weitere 39 Prozent um einen Heimplatz bemühen, darunter 23 Prozent, wenn keine andere Möglichkeit besteht, 22 Prozent wenn sie dort ein Einzelzimmer bekämen, 17 Prozent wenn sie es sich finanziell leisten können, 4 Prozent, sofern es sich um ein konfessionelles Heim handelt (Mehrfachnennungen möglich). Sehr stark ausgeprägt ist dagegen der Wunsch, in der Nähe der Kinder zu wohnen.

Tabelle 4.2.11.: Welche Art des Zusammenlebens mit Kindern halten Sie persönlich für wünschenswert? - in Prozent -

- zusammen mit den eigenen Kindern in einer Wohnung zu wohnen	3
- mit den Kindern im selben Haus zu wohnen	18
- daß die Kinder in der Nachbarschaft wohnen	61
- daß die Kinder relativ weit weg wohnen	6
- trifft nicht zu	11
- keine Antwort	1

Quelle: sfz/Senioren '92 nbl

4.2.6. Die Wohnungssituation älterer Menschen im "Ost-West- sowie Alt-Jung-Vergleich"

In der ehemaligen DDR sind die älteren Menschen bei der Versorgung mit gut ausgestatteten Wohnungen benachteiligt worden. So lebten Altersrentner häufiger als junge Familien in Wohnungen ohne WC, Bad/Dusche und moderne Heizung, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Älteren kaum in der Lage waren, durch eigene Initiativen ihre Wohnbedingungen (Einbau von Innentoiletten, Bädern oder Duschen, Installation moderner Heizungssysteme) zu verbessern, wie das bei jüngeren Familien (Vermittlung von sogenannten "Ausbauwohnungen") erfolgte. Erkennbar wird, daß die älteren Menschen in den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins in deutlich schlechteren Wohnverhältnissen leben, wobei die Wohnsituation Älterer wesentlich un-günstiger als die der Jüngeren ist. Für Gesamtdeutschland gilt, daß die Ausstattung der Wohnungen umso schlechter ist, je älter die Bewohner sind, allerdings weniger dramatisch in den alten Bundesländern. Während dort von den 60 bis unter 70jährigen 80 Prozent in einem modernen Haushalt leben, sind es bei den 80jährigen und älteren etwas über 70 Prozent.

Tabelle 4.2.12.: Wohnsituation von Älteren (60 Jahre und älter) und Jüngeren (unter 60 Jahre) in den alten und neuen Bundesländern - in Prozent -

Merkmale der Wohnsituation	Ost (1990)		West (1989)	
	Jüngere	Ältere	Jüngere	Ältere
Größe				
- Wohnfläche in qm	73,8	58,4	98,8	83,5
- Zahl der Wohnräume über 6 qm	3,4	2,8	4,0	3,5
Ausstattung				
- Ohne Innenbad	9,4	17,2	3,0	2,9
- Ohne Innen-WC	12,4	21,6	3,3	3,6
- Ohne Zentralheizung	41,8	56,9	15,7	20,2
- Ohne Balkon	56,9	70,8	29,1	33,1
- Ohne Keller	4,2	3,7	5,7	4,2
- Ohne Garten	51,7	53,7	38,2	43,8
Modernität				
- modern	56,2	39,5	82,1	77,7
- leichte Mängel (keine Sammelheizung)	29,3	34,2	13,4	17,3
- Substandard (kein Bad) darunter:	14,5	26,2	4,5	5,1
- extremer Substandard (kein IWC)	12,4	21,6	3,3	3,6

Eigentumsform				
- Eigentümer	30,4	29,2	48,0	48,1
- Mieter	69,6	70,8	52,0	51,9

Quelle: SOEP-West (1989), SOEP-Ost (1990), Personenbezogene Auswertung

In den neuen Ländern beträgt dagegen diese Relation 44 Prozent zu 37 Prozent. Gleichermassen steigt mit zunehmendem Alter der Anteil derjenigen, die in einer Wohnung mit extremen Substandard wohnen, in den alten Bundesländern jedoch ebenfalls auf einem bedeutend geringerem Niveau.

Tabelle 4.2.13.: Verteilung von modernen und schlecht ausgestatteten Wohnungen nach ausgewählten Altersgruppen
- in Prozent -

Haushaltstyp/ Alter des ältesten Haushaltsmitglieds	Ost (1990)		West (1989)	
	Anteil moderner Wohnungen	Anteil extremer Substandard	Anteil moderner Wohnungen	Anteil extremer Substandard
Alle Altenhaus- halte insgesamt	40,5	22,4	76,7	3,9
Alter				
60-69 Jahre	43,6	17,8	80,2	2,5
70-79 Jahre	37,7	23,3	75,6	4,5
80 und älter	37,3	32,1	72,0	5,5
Ein-Personen-Haus- halte insgesamt	41,8	27,1	73,9	5,3
Alter				
60-69 Jahre	53,5	19,5	78,0	3,6
70-79 Jahre	39,4	27,9	72,5	5,3
80 und älter	34,2	32,8	71,9	6,9

Quelle: SOEP-West (1989), SOEP-Ost (1990), haushaltsbezogene Auswertungen

4.3. Erwerbstätigkeit im Alter

Die Bedeutsamkeit der Arbeitstätigkeit im Alter ergibt sich daraus, daß die Arbeit nicht nur ein Prozeß der zweckgerichteten Tätigkeit des Menschen zur Aneignung der natürlichen und sozialen Umwelt darstellt, sondern zugleich wesentliches Mittel der Persönlichkeitsentwicklung und -entfaltung ist. Die Arbeitstätigkeit, als unmittelbarste Form der Einbeziehung in das gesellschaftliche Leben, kann auch dem Alter einen reicheren Sinn und Inhalt geben und das körperliche, geistige und soziale Wohlbefinden älterer Menschen positiv beeinflussen sowie, vermittelt über das Einkommen, dazu beitragen, den einmal erarbeiteten Lebensstandard aufrecht zu erhalten bzw. zu erhöhen. Das letztere Motiv war, bedingt durch die relativ niedrigen Renten in der DDR, für viele Rentner der Hauptgrund für eine weitere Berufstätigkeit. Zugleich kann jedoch festgestellt werden, daß die Arbeit als Lebensbedürfnis einen hohen Stellenwert besitzt.

4.3.1. Zum Rückgang der Erwerbsbeteiligung

Trotz des Rückgangs der Erwerbstätigkeit seit 1972 in der ehemaligen DDR waren dort Ende 1989 anteilig weit mehr Rentenbezieher als in den alten Bundesländern erwerbstätig, wobei sich die Berufstätigkeit erwartungsgemäß auf die ersten fünf Jahre des Rentenalters konzentrierte. 23 Prozent der Männer im Alter von 65 bis 69 Jahren und 28 Prozent der Frauen in der Altersgruppe von 60 bis 64 Jahren waren dort 1989 erwerbstätig, gegenüber 7 Prozent erwerbstätiger Männer und 11 Prozent erwerbstätiger Frauen dieser Altersgruppen in der ehemaligen Bundesrepublik. 1)

Zum Rückgang der Erwerbsquoten in der DDR ist festzustellen, daß die Berufsaufgabe - im Unterschied zur früheren Bundesrepublik - nahezu ausschließlich aus privaten Motiven heraus erfolgte (gesundheitliche Gründe, Haushalt, Partnerschaft, Freizeitinteressen) und nicht auf arbeitsmarktbedingte und wirtschaftsstrukturelle Trends, betriebliche Interessen, Modernisierungsstrategien u. ä. zurückzuführen, also eher nicht unmittelbar sozial determiniert war.

Tabelle 4.3.1.: Erwerbsquoten 1989 nach Altersgruppen u. Geschlecht

Altersgruppen	im früheren Bundesgebiet			in der ehemaligen DDR 1)		
	Bevölkerung/Erwerbs-		%	Bevölkerung/Erwerbs-		%
	1000	personnen		1000	personnen	
Männer						
65-69 Jahre	1282	89	7	251	57	23
70 u. älter	2139	65	3	443	19	4
Frauen						
60-64 Jahre	1958	219	11	474	135	28
65-69 Jahre	2048	62	3	468	47	10
70 u. älter	4409	44	1	1018	22	2

1) per 30. 9. 1989

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Amt der DDR

Neben dem Wunsch, das Renteneinkommen aufzubessern, waren vor allem die Befriedigung in der Arbeit, das Gefühl der Nützlichkeit und des Gebrauchtwerdens sowie die sozialen und kommunikativen Beziehungen im Arbeitsprozeß die Hauptmotive, um im Rentenalter weiter zu arbeiten. Arbeit nahm im Leben des einzelnen einen zentralen Stellenwert ein und wurde von den älteren auf dem Hintergrund ihrer Lebenserfahrung als besonders wichtiger Wert betrachtet. Die hohe Unzufriedenheit, die aus dem Verlust des Arbeitsplatzes bzw. der fehlenden Möglichkeit weiterer Erwerbstätigkeit bei den "jüngeren" Alten resultiert, kann nur auf dem Hintergrund einer um Arbeit zentrierten Lebenswelt erklärt werden und einer Lebensplanung, in der Arbeitslosigkeit faktisch nicht vorkam.

Eine bedeutsame Rolle spielt aber auch der Wegfall von sozialen Funktionen und Versorgungsaufgaben, die von Betrieben, Genossenschaften, Institutionen u. a. wahrgenommen worden sind und für die es nach dem Zusammenbruch oder der Abwicklung (noch) keine Entsprechungen gibt. So wurde die medizinische Betreuung, die Teilnahme am Betriebsessen, die Versorgung mit Urlaubsplätzen und prophylaktischen Kuren von den Betrieben, z. T. die Renovierung von Wohnungen auch für die ehemaligen Kolleginnen und Kollegen gewährleistet; Sportvereine, Kulturgruppen, Chöre u. a. waren an Betriebe gekoppelt, mitunter dominierten Großbetriebe das gesamte kommunale Leben der Region.

So ist es auch nicht verwunderlich, daß bei einer Umfrage vom Februar/März 1990 in der damals noch existierenden DDR, bei allen Altersgruppen das Recht auf Arbeit an erster Stelle jener Elemente stand, die auch nach der Einheit beibehalten werden sollten. 2)

Hervorhebenswert ist, daß die älteren Menschen eine mehr aufgaben- und pflichtorientierte gegenüber einer genußorientierten Sicht auf das Leben haben. Offensichtlich fand unter den DDR-Verhältnissen kein vergleichbarer Wertewandel wie in der alten Bundesrepublik statt, was besonders deutlich wird, wenn ostdeutsche Bürger zwischen einer hedonistischen und einer pflicht- und leistungsorientierten Lebenseinstellung zu wählen haben. 3) Hedonismus meint hier eine auf Genuß gerichtete Lebenshaltung, bei der vor allem das Genießen Motiv und Ziel des Handelns ist.

Tabelle 4.3.2. "In der DDR wird sich ja in der nächsten Zeit vieles verändern, aber was von dieser Liste sollte man auf jeden Fall beibehalten, was sollte es auch nach einer Wiedervereinigung noch geben?"

- in Prozent -

Neue Bundesländer Februar/März 1990						
Bev. ges. (n =1098	16-29 Jahre 295	30-59 Jahre 571	60-74 Jahre 185	75 Jahre u. älter 47	60 Jahre u. älter 232)	
Daß es ein Recht auf Arbeit gibt, daß keiner arbeitslos wird.	80	78	81	82	74	81
Daß alle sozialen Erregenschaften erhalten bleiben.	46	45	41	55	67	57
Daß die Mieten niedrig bleiben.	38	26	35	61	59	60
Daß die Verkehrsmittel wie Busse und Bahn nicht teurer werden.	37	31	32	53	56	54
Daß die Grundnah-rungsmittel nicht teurer werden.	34	28	30	48	61	51

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 4194

Die Ostdeutschen erweisen sich über alle Altersgruppen hinweg als pflicht- und leistungsorientierter, was bei den jüngeren sogar deutlicher ausgeprägt ist, als in den älteren Generationen. Jedoch sind es die älteren Menschen in den neuen Bundesländern, welche noch am stärksten dem traditionellen Leistungsethos verpflichtet sind.

Tabelle 4.3.3.: Meinungen zum Sinn des Lebens - in Prozent -

FRAGE: "Zwei Männer/Frauen unterhalten sich über das Leben"
 Der/die Erste sagt: "Ich betrachte mein Leben als eine Aufgabe, für die ich da bin und für die ich alle Kräfte einsetze. Ich möchte in meinem Leben etwas leisten, auch wenn das oft schwer und mühsam ist."
 Der/die Zweite sagt: "Ich möchte mein Leben genießen und mich nicht mehr abmühen als nötig. Man lebt schließlich nur einmal und die Hauptsache ist doch, daß man etwas von seinem Leben hat."
 Was meinen Sie: Welche(r) dieser beiden Männer/Frauen macht es richtig?

Neue Bundesländer: Februar/März 1990

	Bevölkerung insgesamt (n= 1394)	16-29 Jahre 373	30-59 Jahre 705	60-74 Jahre 262	75 Jahre u. älter 54
Leben als Aufgabe	62	50	64	70	78
Leben genießen	20	28	18	16	9
Unentschieden	18	22	18	14	13
	100	100	100	100	100

Alte Bundesrepublik: März 1990

	Bevölkerung insgesamt (n= 2100)	16-29 Jahre 576	30-59 Jahre 1022	60-74 Jahre 367	75 Jahre u. älter 135
Leben als Aufgabe	45	30	46	59	69
Leben genießen	39	53	38	26	14
Unentschieden	16	17	16	15	17
	100	100	100	100	100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 4194, 5032

4.3.2. Interesse an einer Weiterarbeit im Alter

In der Untersuchung "Senioren '92 nbl" gaben von den 1001 Befragten lediglich 6 (0,6 Prozent) an, noch ganztätig zu arbeiten, 24 (2,4 Prozent) waren noch stundenweise erwerbstätig. Von denen, die nicht mehr berufstätig waren, würden aber 12,4 Prozent gern wieder arbeiten.

Tabelle 4.3.4.: Interesse an einer erneuten Erwerbstätigkeit nach demographischen und sozialen Merkmalen (in %)

Merkmale der Befragten	Würden Sie gern wieder berufstätig sein wollen? ja (in Prozent)
Geschlecht	
Frauen	11
Männer	16
Alter	
60 - 69	15
70 - 79	8
80 u. älter	6
Familienstand	
verheiratet	12
ledig	6
geschieden	21
verwitwet	12
Schulbildung	
unter 8 Klassen	15
8. Klasse	10
10. Klasse	21
Abitur	21
berufl. Qualifikation	
keine	6
Teilfacharbeiter	6
Facharbeiter	12
Meister/Techniker	9
Fachschule	22
Hochschule	21
frühere Tätigkeit	
nicht berufstätig	5
Arbeiter	10
Bauer/Landwirt	5
Angestellter	16
Angehöriger der Intelligenz	20
Handwerker	6
Einzelhändler	29
Freiberufler	17
anderes	10
Rentenhöhe	
unter 600 DM	8
600 - 799 DM	8
800 - 999 DM	14
1000 - 1249 DM	12
1250 - 1499 DM	15
1500 - 1749 DM	14
über 1750 DM	22
Alle Befragten	12

Quelle: sfz/Senioren '92 nbl

Das Interesse der Älteren an einer erneuten Erwerbstätigkeit korrespondiert mit der Schulbildung, der beruflichen Qualifikation und dem früheren funktionalen Arbeitsinhalt (Tätigkeit und beruflicher Status). Finanzielle Gründe für eine Weiterarbeit sind unter den gegebenen sozialen Bedingungen vielleicht doch nicht so bedeutsam, eher schon der Familienstand.

Für die Geschiedenen (rund 8 Prozent aller Befragten) könnten neben den sozialen Beziehungen und kommunikativen Kontakten durchaus auch wirtschaftliche Gründe als Motiv eine Rolle spielen. Erwerbstätigkeit im Alter ist ferner abhängig vom kalendarischen Alter und dem Gesundheitszustand; letzterer wird nach eigener Einschätzung von den Höherqualifizierten besser eingeschätzt, als von jenen mit niedrigerem Bildungs- und Qualifikationsniveau (vgl. Abschnitt 4.4.1.).

4.3.3. Chancen für eine Erwerbstätigkeit im Rentenalter

Inwieweit eine Erwerbstätigkeit im Rentenalter, sofern Interesse daran besteht, künftig realisiert werden kann, wird gegenwärtig wohl niemand beantworten können. Dagegen sprechen die steigende Zahl von Arbeitslosen und die 834.000 Männer und Frauen (Stand Juli 1992), die Vorruhestandsregelungen in Anspruch nehmen (müssen), die zudem von ihrer Qualifikation her gute Voraussetzungen mitbringen. So zeigt die Berufsstrukturanalyse arbeitsfähiger SozialhilfeempfängerInnen in den östlichen Bezirken Berlins, daß vier Fünftel der rund 9000 arbeitslosen Sozialhilfeempfänger eine oder mehrere Ausbildungen abgeschlossen haben. 12 Prozent besitzen einen Hochschulabschluß, weitere 10 Prozent einen Ingenieur- bzw. Fachschulabschluß. Fast 20 Prozent waren einmal mittlere bis höhere Verwaltungsangestellte im öffentlichen Dienst bzw. im Erziehungsbereich, rund 10 Prozent hochqualifizierte und medizinische Arbeitskräfte, darunter mehrere Ärzte. 4)

Schließlich ist bei realistischer Sichtweise auch der Aufschwung-Ost in nächster Zukunft nicht zu erwarten. Zwar hat sich z. T. die westdeutsche Großindustrie - manchmal auch über das wirtschaftlich rechenbare hinaus - in den neuen Bundesländern mit Investitionen engagiert, doch gegenwärtig zeigt sich eine Trendwende an. Mercedes-Benz als spektakulärstes Beispiel, baut das geplante Nutzfahrzeugwerk bei Ludwigsfelde doch nicht, Krupp Stahl hatte schon früher die geplante Übernahme des EKO-Stahlwerkes rückgängig gemacht. Neben aktuellen konjunkturellen Gründen von denen außer dem Automobilbau und der Stahlindustrie vor allem auch der Maschinenbau und die Chemiebranche betroffen sind, reicht die Kapazität der Westwirtschaft völlig aus, um auch 15 Millionen in den neuen Bundesländern zu versorgen. Zudem kann der anwachsende Dienstleistungssektor und der Aufbau von regionalen Gewerbebetrieben nicht den Zusammenbruch ganzer Volkswirtschaftszweige ersetzen.

Was für die vom Vorruhestand betroffenen und für die Älteren bleibt, ist das Ehrenamt als Hilfeleistung und die Vermittlung von Fähigkeiten und Kenntnissen. Allerdings gibt es auch hierbei gravierende Ost-West-Unterschiede. Senioren-Beratungsdienste, in denen pensionierte Fachleute aus westdeutschen Ländern, Existenzgründer beraten oder ältere Wissenschaftler, die ihr Wissen Firmen und Organisationen zur Verfügung stellen, vermitteln ihre Kenntnisse aus Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft entsprechend den Erfordernissen der Marktwirtschaft. Damit können ostdeutsche Experten in der Regel nicht dienen. Die wichtige soziale Funktion älterer Menschen, Erfahrungen an nachfolgende Generationen weiterzugeben, ist für sie nur bedingt möglich, da deren Erfahrungen von gestern aus sachlichen und politischen Gründen nicht allzu gefragt sind. Außerdem ist eine wesentliche Voraussetzung für die Nutzbarmachung vergangener sozialer und geschichtlicher Erfahrungen, daß die Geschichte im allgemeinen und die eigene im

besonderen "angenommen" wird, statt diese umzuschreiben oder zu verdrängen. Für letzteres gibt es genügend Beispiele in den alten und neuen Bundesländern.

Literatur

- 1) Statistisches Bundesamt (Hrsg.). Im Blickpunkt: Ältere Menschen, Stuttgart 1992, S. 89
- 2) Institut für Demoskopie Allensbach. Alte Menschen in Ost- und Westdeutschland. Eine sekundärstatistische Analyse aus Allensbacher Repräsentativumfragen, Allensbach 1991, S. 138
- 3) ebenda S. 74
- 4) Intersofia, Gesellschaft für interdisziplinäre Sozialforschung in Anwendung mbH. Berufsstrukturanalyse arbeitsfähiger SozialhilfeempfängerInnen in den östlichen Bezirken Berlins, erster Endbericht 1992

4.4. Gesundheit, medizinische und soziale Betreuung

Für die Lebenslage im Alter ist der Gesundheitszustand der zentrale Bestimmungsfaktor; letztlich werden durch diesen die Möglichkeiten einer aktiven Lebensgestaltung bzw. für das Leben im gewohnten häuslichen Milieu und in der Wohnumwelt bestimmt.

4.4.1. Selbsteinschätzung des Gesundheitszustandes

Nach den Ergebnissen der durchgeführten Untersuchung fühlen sich knapp 29 Prozent der Befragten über 60jährigen gesund und leistungsfähig, bei 30 Prozent ist der Gesundheitszustand gelegentlich leicht beeinträchtigt, 21 Prozent haben dauernd Beschwerden und 20 Prozent haben ein Leiden, daß sie stark behindert.

Tabelle 4.4.1.: Selbsteinschätzung des Gesundheitszustandes und ausgewählter Altersgruppen 1992 - in Prozent -

Merkmal	Männer			Gesamt (n=301)
	60-64 Jahre (n= 62)	65-74 Jahre (n=172)	75 u. älter (n= 67)	
- ich fühle mich gesund und leistungsfähig	44	30	18	30
- mein Gesundheitszustand ist gelegentlich leicht beeinträchtigt	21	27	33	27
- ich habe dauernd gesundheitliche Beschwerden	8	19	24	18
- ich habe ein Leiden, das mich stark behindert	25	23	25	25

Merkmal	Frauen			Gesamt (n=610)
	60-64 Jahre (n= 163)	65-74 Jahre (n= 301)	75 u. älter (n=116)	
- ich fühle mich gesund und leistungsfähig	39	26	21	28
- mein Gesundheitszustand ist gelegentlich leicht beeinträchtigt	28	35	28	32
- ich habe dauernd gesundheitliche Beschwerden	19	21	30	23
- ich habe ein Leiden, das mich stark behindert	14	18	22	18

Quelle: sfz/Senioren '92 nbl

10 Prozent waren in den letzten 12 Monaten länger als 4 Wochen bettlägerig. 87 Prozent der Befragten bewegen sich gern und oft, 70 Prozent benötigen regelmäßig Medikamente, 64 Prozent haben Probleme bei körperlicher Anstrengung, 27 Prozent fühlen sich sexuell auf der Höhe.

Grafik 4.4.1.

Über 90 Prozent stehen dem Leben positiv gegenüber, 80 Prozent freuen sich auf alles, was die Zukunft bringt, ein Drittel der Befragten findet sich in der neuen Zeit nicht mehr zurecht, fast 30 Prozent haben häufig Angst.

Tabelle 4.4.2.: Und wie fühlen Sie sich seelisch?

- in Prozent -

	Männer	Frauen	Gesamt
Ich stehe dem Leben positiv gegenüber.	95	90	92
Mißgeschicke, Probleme usw. bringen mich nicht aus der Ruhe.	53	44	47
Ich bin oft nervös und leicht zu reizen.	34	38	37
Ich kann mich gut gegen persönliche Angriffe zur Wehr setzen.	81	67	72
Ich bin viel empfindlicher geworden und leichter zu verletzen.	39	54	49
Ich freue mich auf das, was mir die Zukunft bringt.	82	79	80
Ich finde mich in der neuen Zeit nicht mehr zurecht.	31	34	33
Ich habe häufig Angst.	19	34	29

Quelle: sfz/Senioren '92 nbl

Die Einschätzung des Gesundheitszustandes korreliert mit dem Alter, wobei Männer ihren Gesundheitszustand positiver als Frauen und Höherqualifizierte diesen besser bewerten als jene mit niedrigerem Bildungs- und Qualifikationsniveau.

Tabelle 4.4.3.: Selbsteinschätzung des Gesundheitszustandes nach demographischen und sozialen Merkmalen
- in Prozent -

Ausgewählte Merkmale der Befragten	gesund und leistungs-fähig	leicht beeinträchtigt	dauernd Beschwerden	Leiden
Alle Befragten	29	30	21	20
Alter				
60-69 Jahre	33	31	18	18
70-79 Jahre	24	30	25	21
80 und älter	19	29	25	27
Familienstand				
verheiratet	29	31	20	20
ledig	27	24	29	20
geschieden	29	30	14	27
verwitwet	27	31	23	18
Schulbildung				
unter 8 Klassen	30	33	25	12
8. Klasse	27	31	21	21
10. Klasse	28	31	20	20
Abitur	41	21	20	18
berufl. Qualifikation				
keine	22	28	31	18
Teilfacharbeiter	31	40	14	14
Facharbeiter	29	32	18	21
Meister/Techniker	34	21	17	28
Fachschule	30	32	21	17
Hochschule	35	30	19	16
frühere Tätigkeit				
nicht berufstätig	19	38	29	14
Arbeiter	28	30	20	22
Landwirt	25	25	24	24
Angestellter	29	33	21	17
Angehöriger der Intelligenz	31	27	21	17
Handwerker	29	29	23	19
Einzelhändler	29	14	29	29
Freiberufler	-	66	17	17
anderes	20	40	20	20
Zusammenwohnen				
Ehepartner und Kinder	32	31	14	22
Ehepartner	29	30	21	19
mit Kindern	24	24	16	36
mit Verwandten	12	35	41	12
Freunde/Bekannte	0	0	33	67
allein	28	31	22	18

Quelle: sfz/Senioren '92 nbl

Die Tabelle zeigt weiterhin, daß vor allem diejenigen zusammen mit ihren Kindern, Freunden oder Bekannten leben, die an bestimmten Beschwerden oder Krankheiten leiden.

4.4.2. Hilfe-, Unterstützungs- und Pflegebedarf

Hilfe und Unterstützung im Alltag und im Haushalt benötigen rund ein Drittel der Befragten älteren Menschen, vor allem bei schwerer Hausarbeit, fast jede(r) Vierte bei Behördenangelegenheiten und jede(r) Fünfte bei Reparaturen, Gartenarbeit und Artverwandtes. Über 30 Prozent der Befragten gehen davon aus, daß sie wahrscheinlich in den nächsten Jahre Hilfe bei schwerer Hausarbeit brauchen, 21 Prozent bei Behördenangelegenheiten. Doppelt so viele, wie gegenwärtig häusliche Krankenpflege erhalten, erwarten, daß sie diese künftig in Anspruch nehmen müssen.

Tabelle 4.4.4.: Gegenwärtiger und künftiger Hilfebedarf älterer Menschenn (Mehrfachnennungen möglich)
- in Prozent -

Benötigen Sie Hilfe?	gegenwärtig	wahrscheinlich in den nächsten Jahren
- beim Kochen	7	8
- bei leichten Hausarbeiten (z. B. Geschirr spülen)	5	7
- bei schwerer Hausarbeit (Hausputz, Kohlen tragen, Schnee beseitigen)	33	32
- Einkauf des täglichen Bedarfs	15	15
- Körperpflege (Waschen, Baden, Fußpflege)	5	10
- Krankenpflege (z. B. Verbandwechsel)	5	12
- kleine handwerkliche Tätigkeiten/Gartenarbeit	21	17
- Behördenangelegenheiten erledigen	23	21
- sonstige, nämlich ...	1	2

Quelle: sfz/Senioren '92 nbl

Der Hilfebedarf in der hauswirtschaftlichen Versorgung geht einher mit regelmäßigem Pflegebedarf. Nach dieser Befragung benötigen etwa 5 Prozent Grundpflegemaßnahmen (Unterstützung bei der Körperpflege, beim Essen und Trinken, Krankenpflege).

Nach neueren Untersuchungen kann davon ausgegangen werden, daß in Deutschland etwa 1,1 Millionen in Privathaushalten lebende Menschen regelmäßige Pflege (alltägliche körperbezogene Verrichtungen) benötigen und 1,2 Millionen einen unregelmäßigen Pflegebedarf (Kombination von leichten körperbezogenen und hauswirtschaftlichen Aktivitätseinschränkungen sowie mindestens einmal wöchentlich benötigter pflegerischer und hauswirtschaftlicher Hilfe). 71 Prozent aller Personen mit regelmäßigem Pflegebedarf sind 65 Jahre alt und älter. Der Anteil der Pflegebedürftigen an der jeweiligen Altersgruppe der Gesamtbevölkerung beträgt bei den 80-84jährigen Männern 8,7 Prozent und 11,5 Prozent bei den Frauen. Bei den über 85jährigen erhöht sich dieser Prozentsatz erheblich: 20,9 Prozent der Männer und 28 Prozent der Frauen. 1) Unter Berücksichtigung des schlechteren Gesundheitszustandes der älteren Menschen in den neuen Ländern, ist dort von einem höheren Anteil pflegebedürftiger Personen auszugehen.

4.4.3. Gesundheitliche Betreuung

Die Umstrukturierung des ostdeutschen Gesundheits- und Sozialwesens ist seit Ende 1990 im Gange. Dabei ist der Um- und Aufbau der ambulanten medizinischen Versorgung im ambulanten medizinischen Bereich erheblich vorangeschritten. Mehr als drei Viertel der zuvor dort tätigen Ärzte und Zahnärzte haben sich inzwischen in freier Praxis niedergelassen; etwa 3.000 Ärzte und Ärztinnen arbeiten noch in etwa 400 Polikliniken, Ambulatorien und Fachambulatorien. 2) Neu entstanden sind rund 900 Sozialstationen, die von den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege unterhalten werden sowie eine größere Zahl von privaten Pflegediensten. Zur besseren Integration und Betreuung älterer Menschen tragen ferner private Investoren, Senioren-Organisationen und Selbsthilfegruppen bei; Organisationsformen, die es in der ehemaligen DDR nicht gab.

Die für die DDR typischen Versorgungsdefizite bei bestimmten Medikamenten und Verbrauchsmaterialien gehören der Vergangenheit an, so daß sich insgesamt die Voraussetzungen für die gesundheitliche Betreuung verbessert haben, was auch seinen Niederschlag in der Zufriedenheit mit dem Gesundheitswesen findet (vgl. Abschnitt 5.3.). Offensichtlich hat sich die ambulante Betreuung durch die Umstrukturierung des gesundheitlichen Betreuungssystems und der Übersiedlung von rund 2000 Medizinern und 1.200 Stomatologen 1989 in die alten Bundesländer nicht verschlechtert.3)

87 bzw. 85 Prozent der 1987/1988 bzw. 1992 Befragten hatten eine bestimmte Ärztin bzw. einen Arzt, die sie seit mehr als zwei Jahren betreuten, 74 Prozent gehen regelmäßig zu diesen Medizinern. Besonders augenfällig ist der Rückgang der Hausbesuchstätigkeit.

Tabelle 4.4.5.: Was ist für Ihren Kontakt mit dem Arzt/der Ärztin typisch? - in Prozent -

	1987/88		1992	
	Großstadt	Kleinstadt	Gesamt	neue Bundesländer und Berlin-Ost
- er/sie betreut mich schon mehr als zwei Jahre	84	89	87	85
- ich gehe regelmäßig zu diesem Arzt/dieser Ärztin	60	43	52	74
- er/sie besucht mich regelmäßig in meiner Wohnung	25	36	31	16
- er/sie kommt zu mir auch unaufgefordert	19	29	24	10

Quelle: ISS/Altenreport '90, sfz/Senioren '92 nbl

Anzumerken ist weiterhin, daß fast 7 Prozent der Befragten niemanden haben, der im Krankheitsfall sofort den Arzt verständigt, bei 84 Prozent informieren Hausbewohner und bei 10 Prozent Personen außer Haus im Bedarfsfall einen Arzt. Eine vor allem qualitative Angebotsverbesserung in der häuslichen Pflege bringen die genannten 900 Sozialstationen, die in den vergangenen Monaten durch die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege in den neuen Ländern eingerichtet worden sind und deren Zahl 1992 auf etwa 1000 ansteigen wird.

Diese Sozialstationen, technisch gut ausgestattet, so z. B. mit Ambulanzwagen, haben die 5.585 staatlichen und 124 konfessionellen Gemeindefachschwesterstationen abgelöst, in denen rund 7000 Mitarbeiterinnen beschäftigt waren sowie die etwa 120 - 150 ehemaligen Betreuungs- und Beratungsstellen für ältere Menschen. Der Wechsel hat neben einer Verbesserung der häuslichen Krankenpflege aber auch zu einem Rückgang der zeitaufwendigen psychologischen Betreuung geführt, die vor der Wende nicht extra berechnet wurde, da diese zum Konzept der gesundheitlichen (komplexen) Betreuung gehörte. Einer Analyse der Arbeitsgruppe Sozialstationen

der Stadt Dresden zufolge, gibt es für ca. 40 Prozent der Leistungen im Rahmen der psychosozialen Betreuung und der begleitenden Dienste (Prävention, Rehabilitation), die von den Sozialstationen erbracht werden, keine gesicherte Finanzierung mittels geregelter Kostensätze. 4)

Seit über einem Jahr kämpfen dort die Pflegekräfte für die Zeit, um "Sterbenden die Hand zu halten, mit Einsamen zu reden, und einfach für jemand da zu sein." Bisher jedoch ohne Erfolg. Dabei könnte das von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sozialstationen, der Wohlfahrtsverbände und des Dresdner Dezernats für Gesundheit und Soziales angestrebte Modellprojekt "Sockelfinanzierung", das die Finanzierung einer ganzheitlichen, an den Bedürfnissen der Patienten orientierten und flächendeckenden Pflegeversorgung ermöglicht, durchaus ein wichtiger Exportartikel aus den neuen Bundesländern werden.

Ein anderes wichtiges Problem ist, wie der Wegfall von ehemals DDR-typischen Betreuungsformen (z. B. Spezialambulanzen bzw. Abteilungen in Polikliniken für die Dispensairebetreuung), für die es (bis dato) keine Entsprechung gibt, kompensiert werden kann. So wird das Land Brandenburg 1993 mit 7 Millionen DM fünfzehn "Betreuungsdienste für chronisch Kranke" an Gesundheitszentren oder Ärztehäusern fördern, um damit den Zerfall der Dispensairebetreuung u. a. für Diabetiker, Rheumatiker, Infarkt- sowie Krebspatienten zu stoppen. 5)

4.4.4. Soziale Betreuung

Die Umstrukturierung der sozialen Betreuung ist aus der Sicht der älteren (und behinderten) Menschen problematischer als die der medizinischen Betreuung. Von den im Mai/Juni 1992 befragten über 60jährigen konnten über die Hälfte nicht die Frage beantworten, ob es in ihrer Nähe von den Wohlfahrtsverbänden unterhaltene Einrichtungen und Dienste gibt. Über 80 Prozent waren in ihrer Nähe keine Unterstützungsangebote zur Bewältigung des Alltags (Putzdienst, Einkaufshilfe, Behördengänge) bekannt, Möglichkeiten zur Krankenpflege waren 60 Prozent unbekannt.

Tabelle 4.4.6.: Unabhängig vom Träger: Ist Ihnen bekannt oder nicht bekannt, ob es die folgenden sozialen Dienstleistungen in Ihrer Nähe gibt?
- in Prozent -

	bekannt,	darunter: nutzen den Dienst
- Haushaltshilfe	33	2
- Krankenpflege	40	2
- Essen auf Rädern, Mahlzeitendienst	50	3
- Beratung, Hilfe bei Behördenangelegenheiten	20	2
- Körperpflege	26	2
- Bewegungstherapie/ Gymnastik	29	2
- Fahrdienst	22	2
- Einkaufshilfe	14	2
- Putzdienst	15	2

Quelle: sfz/Senioren '92 nbl

Existenz und Bekanntheitsgrad sozialer Dienstleistungen sind im Vergleich zu den alten Bundesländern noch sehr gering; beispielsweise ist im Saarland das Angebot an Krankenpflege mit 86 Prozent bekannt, hierzulande wissen davon erst 40 Prozent. 6)

Hauswirtschaftspflege und Mittagessenversorgung für ältere Menschen, noch 1990 nahezu ausschließlich von der Volkssolidarität organisiert, gingen zurück, teils aus Kostengründen (für das Mittagessen mußten die älteren Menschen über Nacht statt 0,30 Mark 5,50 DM bezahlen), teils weil Hauswirtschaftsleistungen nach dem altbundesdeutschen Sicherungssystem erst seit Anfang 1991 (und das nur in sehr engen Grenzen) durch die Leistungsträger finanziert werden. Zudem gab es Tendenzen, die Volkssolidarität e. V. zu verdrängen, die aber inzwischen überwunden sind.

Ende Dezember 1991 haben die Rentenversicherungsträger die bisher zur Rente geleisteten Zahlungen von Pflegegeld, Sonderpflege- und Behindertengeld eingestellt, da diese Zahlungen mit dem Inkrafttreten des Rentenreformgesetzes 1992 nicht mehr zur Leistungspflicht der Rentenversicherung gehören. Für den weiteren Bezug von Pflegegeld, Sonderpflegegeld oder Blindengeld waren erneute Antragstellungen erforderlich, wobei die Ansprüche bei vier verschiedenen Trägern geltend gemacht werden müssen. Lediglich in Berlin gilt eine Sonderregelung, dort können alle Leistungen beim zuständigen Bezirksamt beantragt werden. Da zugleich die Kriterien, die im Osten bisher für den Erhalt dieser Gelder galten, wegfallen, waren für hunderttausende Bezieher neue Wege, Konsultationen und Antragsgesuche erforderlich. Von besonders eklatanten Preissteigerungen waren die BewohnerInnen der Alten- und Pflegeheime betroffen. Die Kosten betragen bis Juni 1990 monatlich 105,- M (Feierabendheimplatz) bzw. 120,- M (Pflegeheimplatz).

Von Juli bis Dezember 1990 waren 300,- DM bzw. 335,- DM zu bezahlen; in den folgenden 6 Monaten - je nach neuem Bundesland - zwischen 364,- DM und 395,- DM. Seit Juli 1991 waren 1.800,- DM monatlich zu zahlen und es werden das Vermögen der Heimbewohner sowie unterhaltspflichtige Angehörige zur Finanzierung herangezogen. Das heißt, in einem guten Jahr stiegen die monatlichen Heimkosten um das 15-17fache, wobei die Heime vielerorts weder attraktiver noch Betreuung oder Pflege besser geworden sind. Seit 1992 liegen die Kostensätze zwischen 1.800,- DM bis über 3.000,- DM.

Nach den in den alten Bundesländern geltenden Maßstäben dürften nur 10 bis 15 Prozent der rund 1.500 Heime im Osten weiter betrieben werden, etwa 40 Prozent sind abrißreif und müßten so zügig wie möglich durch Neubauten ersetzt werden. Nach Analysen der Länder ist allein für den Um- und Neubau bis zum Jahr 2000 ein Investitionsbedarf von 16 Milliarden Mark erforderlich. 7)

Gleichzeitig befürchten die Wohlfahrtsverbände enorme Probleme durch das Auslaufen vieler Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). Rund 50 Prozent der Stellen in den ostdeutschen Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege sind derzeit mit ABM-Stellen besetzt. 8)

4.4.5. Betreuung durch Familienangehörige und Erwartungshaltungen gegenüber Familie und Staat

Bei Krankheit übernehmen die Pflege zu 43 Prozent die Ehepartner und zu 29 Prozent die Kinder, während ambulante Dienste, Sozialstationen u. a. gegenwärtig in den neuen Bundesländern noch eine untergeordnete Rolle spielen; nicht mehr als 3 Prozent nehmen diese in Anspruch.

Bei den o. g. 7 Prozent der Befragten, die auf die nach der Pflege im Krankheitsfall mit "ich weiß nicht" geantwortet haben und den 6 Prozent, die niemanden haben, der im Krankheitsfall die Pflege übernehmen würde, handelt es sich vor allem um ältere Frauen ab 80 Jahre. Aber gerade diese leben überwiegend allein in ihren Wohnungen, ihre sozialen Außenbeziehungen sind dünner geworden und sie beziehen nur eine geringe Rente.

Das familiäre Versorgungsnetz im Falle von Pflegebedürftigkeit sieht für Männer anders aus als für Frauen. Der Alternsprozeß vollzieht sich für die Männer in einem günstigeren Rahmen, denn sie können auch im Alter damit rechnen, mit ihren meist jüngeren Ehefrauen/Partnerinnen in einem gemeinsamen Haushalt zu leben, wo gegenseitige Hilfe und Unterstützung relativ problemlos ermöglicht werden. Auch verfügen sie über ein größeres Haushaltsbudget zur Befriedigung vielfältiger Konsum- und Freizeitbedürfnisse und die Sozialkontakte von älteren Paaren sind häufig intensiver und breiter ausgeprägt.

Der prozentual hohe Unterschied zwischen der Pflegeperson "Ehepartner" macht zum anderen deutlich, daß Frauen auch bei Vorhandensein von Ehepartnern sich im Krankheitsfalle eher von den Kindern (exakter von den Töchtern und Schwiegertöchtern) pflegen lassen (9,4 Prozent).

Von den 578 älteren Menschen, die Hilfe und Unterstützung in den verschiedenen Formen erhalten, bekommen sie diese von ihren Kindern (69 %), anderen Angehörigen (9 %), Nachbarn/Freunden (14 %), Sozialstationen (3 %). Private Anbieter, Gruppen, Vereine sind mit 2 % vertreten, sonstige, z. B. aus konfessionellen Gemeinden, ehemalige Arbeitskolleginnen und Kollegen haben einen Anteil von 3 %. Die älteren Menschen haben vor allem der Familie gegenüber eine große Erwartungshaltung bei gegebenenfalls notwendig werdender Hilfeleistung und Unterstützung. Sofern sie in materielle Not gerieten, würden sich 80 % an ihre Kinder und andere Verwandte wenden. Erst dann würde man an das Sozialamt herantreten, an Freunde und Bekannte, kaum an kirchliche Sozialdienste, an freie Wohlfahrtsverbände oder Selbsthilfegruppen. Gewiß wird längere Zeit vergehen, bis die in den alten Ländern in Jahrzehnten herausgebildete wohlfahrtsstaatliche bzw. Verbandsstruktur von den Menschen im Osten Deutschlands angenommen und verinnerlicht wird.

Aufgrund der anderen historischen Entwicklung und sozialen Erfahrung erwarten die ehemaligen DDR-BürgerInnen vor allem auch Hilfe und Unterstützung vom Staat und seinen Behörden. Sie folgen mehr einem Modell der Staatsbürgerversorgung - wie es z. B. in den Niederlanden und in skandinavischen Ländern gültig ist - als einem Sozialfürsorgemodell, das die Verantwortung vor allem dem einzelnen und seiner Familie zuordnet. 9)

Tabelle 4.4.7.: Wenn für ältere Menschen mehr getan werden soll, wer soll dies Ihrer Meinung nach vor allem machen?

- 3 Antworten möglich - in Prozent -

- der Staat	85
- Wohlfahrtsverbände	24
- Gemeinde, Kreis- bzw. Landesverwaltung	43
- Familie, Kinder	31
- Nachbarn, Bekannte, Freunde	4
- Kirche, Pfarrei	8
- Selbsthilfegruppen alter Menschen	6
- private Anbieter	1
- Vereine	3
- Sonstige, wer	2

Quelle: sfz/Senioren '92 nbl

Diese staatszentrierte Sichtweise belegt auch die Befragung des ehemaligen Instituts für Soziologie und Sozialpolitik Berlin, zur sozialen Lage der Frauen im Land Brandenburg aus dem Jahre 1991.

Tabelle 4.4.8.: Meinungen über die Zuständigkeit/Verantwortlichkeit für die soziale Absicherung

"Vor allem der Staat muß dafür sorgen, daß man bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat."

Altersgruppen	ja		nein		ich weiß nicht	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
bis 49	818	91,2	47	5,2	32	3,6
50-54	128	94,1	6	4,4	2	1,5
55-59	95	96,9	1	1,0	2	2,0
60-64	64	97,0	0	-	2	3,0
65-69	41	97,6	1	2,4	0	-
70 und älter	38	95,0	2	5,0	0	-
Summe/Durchschnitt	1184	92,6	57	4,5	38	3,0

"Das jetzige System der sozialen Sicherung mutet dem Bürger zuviel eigene Verantwortung zu."

bis 49	552	64,5	181	21,1	123	14,4
50-54	99	74,4	22	16,5	12	9,0
55-59	63	66,3	17	17,9	15	15,8
60-64	49	74,2	5	7,6	12	18,2
65-69	31	81,6	3	7,9	4	10,5
70 und älter	27	73,0	5	13,5	5	13,5
Summe/Durchschnitt	821	67,0	233	19,0	171	14,0

"Das System sozialer Sicherung ist im großen und ganzen richtig, es bevormundet den einzelnen nicht."

bis 49	316	38,4	306	37,2	200	24,3
50-54	50	39,1	43	33,6	33	27,3
55-59	40	44,9	20	22,5	29	32,6
60-64	23	37,7	19	31,1	19	31,1
65-69	18	46,2	13	33,3	8	20,5
70 und älter	13	37,1	7	20,0	15	42,9
Summe/Durchschnitt	460	39,2	408	34,8	306	26,1

"Auch in dem jetzigen sozialen Sicherungssystem wird dem Bürger noch zuviel eigene Verantwortung abgenommen."

bis 49	80	9,7	628	75,8	120	14,5
50-54	14	11,1	87	69,0	25	19,8
55-59	7	8,0	53	60,9	27	31,0
60-64	5	7,9	43	68,3	15	23,8
65-69	7	18,4	16	42,1	15	39,5
70 und älter	8	22,2	23	63,9	5	13,9
Summe/Durchschnitt	121	10,3	850	72,2	207	17,6

Quelle: ISS/Frauenreport Brandenburg '91 (Sept./Okt. 1991)

Es wird deutlich, daß insbesondere die Älteren von der Verantwortung des Staates für die soziale Sicherheit ausgehen; drei Viertel der über 60jährigen sind der Meinung, daß dem Bürger zuviel eigene Verantwortung zugemutet wird, 40 Prozent der über 60jährigen finden das derzeitige System der sozialen Sicherheit im großen und ganzen richtig. Die relativ häufig gewählte Antwort "ich weiß nicht"

und der verhältnismäßig hohe Anteil derjenigen, die nicht alle Fragen beantwortet haben, verweisen darauf, daß noch große Unsicherheiten bei der Beurteilung des neuen sozialen Sicherungssystems existieren. 10)

Literatur:

- 1) Infratest Sozialforschung / Infratest Epidemiologie und Gesundheitsforschung. Hilfe- und pflegebedürftige Personen in Deutschland: Schnellbericht zur Repräsentativerhebung im Rahmen des Forschungsprojektes "Möglichkeiten und Grenzen selbständiger Lebensführung" im Auftrag des Bundesministeriums für Familie und Senioren. Unveröffentlichtes Manuskript, München 1992, zit. in: Kuratorium Deutsche Altershilfe, Folge 6/1992, S. 17, Köln 1992
- 2) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland, 5. Bericht, in: DIW-Wochenbericht 12-13/92 vom 13. 3. 1992, 59. Jg., S. 156
- 3) Vgl.: K.-P. Schwitzer. Behinderte in der DDR, in: D. Voigt, L. Mertens. Minderheiten in und Übersiedler aus der DDR, Berlin 1992, S. 134
- 4) R. Jensch. Auswertung des Experten-Ratings zur Finanzierung der Sozialstationen, Dresden 1991 (unveröffentlicht)
- 5) Hilfe für chronisch Kranke, in Berliner Zeitung v. 13.11.1992, S. 21
- 6) W. Asam. Altsein im ländlichen Raum - ein Datenreport, München 1990, Anhang, S. 10
- 7) Pflegeheime in "unbeschreiblichem Zustand", in Berliner Zeitung v. 21. 8. 1992, S. 4
- 8) ebenda
- 9) Vgl. G. Winkler. Die "neuen" Alten, in: K. P. Schwitzer, G. Winkler (Hrsg.) Altenreport '92, Zur sozialen Lage und Lebensweise älterer Menschen in den neuen Bundesländern, erscheint 1993 im Morgenbuchverlag, Berlin
- 10) K. P. Schwitzer. Ältere Menschen in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", B. 29-30/92 v. 10. Juli 1992, S. 51

5. Subjektive Reflexionen des Systemwandels

Die für die ostdeutschen älteren Menschen neuen sozialen Rahmenbedingungen und materiellen Lebenslagen führen zu Veränderungen in der Wichtigkeit einzelner Lebensbereiche, zu neuen subjektiven Bewertungen, zu spezifischen Hoffnungen aber auch Sorgen und Ängsten.

Um Verständnis für die subjektiven Befindlichkeiten der Ost-deutschen zu entwickeln, ist es erforderlich, sich die Ausgangssituation, das Ausmaß und das Tempo des sozialen Wandels in der ehemaligen DDR seit 1990 in Erinnerung zu rufen. Zu den Ausgangsbedingungen der deutschen Einigung gehörte,

- daß es zum Zeitpunkt des Beitritts keine praktikablen Konzeptionen, Modellvorstellungen und Lösungsvarianten gab, wie die Zusammenführung zweier unterschiedlicher Gesellschaftssysteme zu gestalten sei: Wissenschaft und Praxis wurden von der Realität mit einem Problem konfrontiert, das vielleicht nicht vorher zu sehen, aber offenkundig auch politisch und theoretisch nicht eingeplant war. "Den raschen Zusammenbruch der DDR und die gewaltlose Selbstbefreiung der DDR-Bürger von der Stasi-Diktatur haben die westlichen Soziologen genauso wenig vorausgesehen wie die spezialisierten DDR-Forscher, die Politiker oder die im Osten arbeitenden Journalisten, die es eigentlich doch besser hätten wissen können." (Nur die BILD-Zeitung hat es immer gewußt!) 1) Allerdings hatte auch sie vor geraumer Zeit auf ihre berühmten Anführungszeichen im DDR-Kürzel verzichtet.
- Das gesamte Rechts- und Institutionensystem wurde schlagartig verändert. Mit dem Einigungsvertrag wurden
 - . 777 bundesdeutsche Rechtsvorschriften (nahezu alle für die ostdeutschen Bürger unbekannt) in Kraft gesetzt,
 - . 237 Rechtsvorschriften der DDR erheblich verändert,
 - . von April bis Oktober 1990 rund 300 neue Gesetze und Verordnungen erlassen,
 - . eine Vielzahl von Anlagen im Einigungsvertrag mit Terminen für Übergangsregelungen versehen, die seitdem mehrfach geändert wurden, z. B. der Sozialzuschlag für RentnerInnen, Zugangsmöglichkeiten für das Altersübergangsgeld. 2)
- Die völlig andere Struktur der Gesetzgebung, des Systems sozialer Institutionen und Dienste waren nicht bekannt und vertraut.
- Nur wenige Monate nach der "Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion" am 1. Juli 1990 gab es über eine Million arbeitslose Männer und Frauen, gleichzeitig schieden rund 3 Prozent aller erwachsenen Ostdeutschen über die "Vorruhestandsregelung" aus dem Erwerbsleben aus. Fast jede Familie war davon betroffen; 45jährige mußten die für sie neue soziale Erfahrung machen, daß sie für bestimmte Berufe oder für ganze Branchen zu alt sind. Anzumerken ist, daß lebenslange Erwerbstätigkeit zur Normalbiographie, auch der Frauen, zählte und die eigene Berufstätigkeit einen entsprechend hohen Stellenwert einnimmt.
- Die jahrzehntelangen stabilen Mieten, Endverbraucherpreise für Waren des Grundbedarfs, Dienstleistungen und Verkehrstarife, Kündigungsschutz für Arbeit und Wohnraum, die zu den Alltagsstrukturen und Lebensverhältnissen gehörten, veränderten sich abrupt, wobei vorhandene Ungewißheiten durch die z. T. spekulativen Diskussionen über Entwicklungstendenzen in den Medien noch verstärkt wurden.
- Die ostdeutschen Bürger wurden plötzlich mit einem Bild der DDR-Wirklichkeit konfrontiert, welches ein Ausmaß an Überwachung und Korruption sowie sozialer Ungerechtigkeit, einen Grad der

Umweltzerstörung und einen katastrophalen Zustand der Volkswirtschaft, des Gesundheits- und Sozialwesens u. a. Bereiche zeigte,

das in diesen Dimensionen kaum einer für möglich gehalten hätte." 'Verrottet', 'marode', 'heruntergewirtschaftet' lautet die Diagnose des Westens über die untergegangene DDR. Die Medien werden nicht müde, darüber zu berichten. Ein ganzes Volk fühlt sich so abgewertet. Der überall sichtbare Reichtum der alten Bundesrepublik tut ein übriges ..." 3)

- Von der schwarzrotgoldenen Begeisterung, die in den Tagen nach der Öffnung der Mauer sowohl in West- als auch in Ostdeutschland herrschte, war nach kurzer Zeit nichts mehr zu spüren. Empfinden viele Westdeutsche die Einheit als eine empfindliche Störung eingespielter politischer, wirtschaftlicher und sozialer Mechanismen, weil eine Änderung der eigenen Verhältnisse und Lebensgewohnheiten nicht zur Diskussion stand, so fühlen sich die Ostdeutschen als nicht "angenommen", für sie geht es nicht um die nachträgliche Akzeptanz des Staats DDR sondern um die Akzeptanz seiner früheren Bürger.
- In der DDR glaubten die Menschen 1990 an eine schnelle und durchgreifende Verbesserung ihrer materiellen Lebensverhältnisse, geprägt durch die Illusion vom schmerzarmen Übergang in die soziale Marktwirtschaft. Ein Jahr nach der Vereinigung war deutlich geworden, daß das politische Versprechen, es werde keinem schlechter gehen, nicht eingehalten werden kann.

Aus dem Gesagten ergibt sich die Frage, wie die neuen Bundesbürger in den höheren Lebensaltern auf diese sich verändernden Lebensumstände reagieren und ihre neuen Lebenslagen bewerten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß jede Generation eine eigene Sicht auf das Leben gewinnt, geprägt von persönlichen und sozialen Erfahrungen. Außerdem führt die Verkürzung der Zukunftsperspektive, das absehbare Ende im Ablauf der eigenen Lebenszeit, zu anderen Deutungsmustern und Bilanzierungsrahmen, als in jüngeren Jahren.

Für viele ältere Menschen, insbesondere in den höheren Lebensaltern, die nach dem II. Weltkrieg, z. T. nach 2 Weltkriegen, an den Sozialismus als Hoffnung auf das Andere und Bessere geglaubt und unter schwierigsten Bedingungen den Neuanfang begonnen hatten, ist eine Welt zusammengebrochen, entfallen bisherige Leitbilder, stellt sich der Sinn des Lebens neu. "Ich kann doch nicht mein ganzes Leben wegwerfen", sagte vor einiger Zeit Stefan Heym in einem Interview und drückte damit aus, was viele empfinden. 4) "Vom Richtungs- und Orientierungsverlust sind auch jene betroffen, die sich nicht als Befürworter des Sozialismus verstanden hatten. Zwar stellt sich für sie der Zusammenbruch des alten System als Befreiung, Aufgabe politischer Unmündigkeit, Hoffnung auf ein besseres, weil stärker selbstbestimmtes Leben dar, aber ihre Entwicklungs- und Aufstiegschancen hängen letztlich davon ab, wie sie mit den jeweiligen Bezugsgruppen im Westen mithalten können. Fehlende Erfahrungen einerseits und erlernte, jetzt nicht selten hinderliche Verhaltensweisen andererseits, erschweren den notwendigen Lernprozeß außerordentlich." 5)

Wer sich über Monate mit einer über Nacht eingeführten neuen Rechts- und Sozialordnung vertraut machen und sich im Wirrwarr neuer Institutionen und Zuständigkeiten zurecht finden muß, seit Monaten keine Rente erhalten hat oder zustehende Leistungen wie Sozialhilfe nicht beanspruchen kann, weil die Vordrucke ausgegangen sind oder eine von den vielen jetzt erforderlichen Unterlagen nicht beigebracht werden kann, wer es mit überforderten Mitarbeitern zu tun bekommt, die z. T. nicht ausreichend qualifiziert sind, wird eher klagen, als über die potentiellen Möglichkeiten und real existierenden Chancen der Demokratie und erworbenen Freiheiten im vereinten Deutschland nachzudenken. Die Sorge um die berufliche Zukunft der Kinder und Enkelkinder, die arbeitslos geworden sind, oder ungewollt als Vorruehändler Altersübergangsgeld in Anspruch nehmen (müssen), bzw. die sich der Abwanderungsbewegung "Go West"

anschließen, sind weitere Ursachen für das anfangs allseits erfahrbare Klagen-Crescendo.

Um zu verstehen, daß für viele Ältere die Tagessorgen überwiegen und, was die Zukunft anbelangt, Befürchtungen z. T. stärker als Hoffnungen ausgeprägt sind, muß weiterhin berücksichtigt werden, daß sie vor dem Hintergrund eines anderen Zeithorizonts als Jüngere kaum noch die Möglichkeit der eigenen Einflußnahme auf ihre soziale Lebenslage (private Vorsorge und Vermögensbildung, Erwerbstätigkeit u. a.) haben.

5.1. Wichtigkeit einzelner Lebensbereiche

Die Menschen bewegen sich in verschiedenen privaten und öffentlichen Lebenssphären, wobei die Bedeutsamkeit der unterschiedlichen Bereiche bestimmt wird aufgrund sozialer Erfahrungen in der Vergangenheit, durch die Ansprüche in der Gegenwart und den Erwartungen an die Zukunft.

Erwartungsgemäß ist die jeweilige Bedeutung der einzelnen Lebensbereiche nicht in allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen ausgeprägt. Sie variiert nach dem Geschlecht, dem Alter und der in der Lebensbiographie erworbenen Qualifikation und der ausgeübten Tätigkeit.

Tabelle 5.1.: Sie verfügen durch Ihr Lebensalter über eine große Lebenserfahrung. Wenn Sie einmal zurückblicken, was in Ihrem Leben würden Sie als wichtig erachten? - in Prozent -

Würden Sie sagen, ... ist	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
- Bildung	89	9	2
- Demokratie und Mitbestimmung	68	24	7
- Kinder haben	84	11	4
- im Beruf etwas leisten	94	4	1
- Freunde haben	86	12	2
- im Alter nicht ohne Familienbeziehungen sein	95	4	1
- in sozialer Sicherheit leben	98	1	0
- Zeit haben für Interessen und Hobbys	69	27	4
- ein harmonisches Familienleben	95	3	1
- umweltbewußt leben	90	9	1
- daß der Frieden erhalten bleibt	99	1	0
- gesund leben	97	3	0
- eine gut eingerichtete Wohnung haben	78	21	1
- Arbeit haben	83	7	8
- Sicherheit vor Kriminalität	98	2	0
- Religion	29	35	35
- Politik	37	41	21

Differenz zu 100 Prozent: keine Angaben

Quelle: sfz/senioren '92 nbl

Typisch für die ostdeutschen älteren Frauen und Männer ist, daß es keine allzu großen Unterschiede in der Wichtigkeitseinschätzung der einzelnen Lebensbereiche gibt. Lediglich für die Bereiche Bildung, Politik, Religion und Hobbys sind signifikante Differenzierungen zu konstatieren. Der Stellenwert des Bereiches Demokratie steigt mit zunehmender Bildung, Qualifikation und Art der früher

ausgeübten Tätigkeit, wobei 78 Prozent der Männer und 65 Prozent der Frauen diesen Bereich für "wichtig" halten. Religion ist für jeden fünften Mann und jede dritte Frau wichtig. Der Bereich Freizeit und Hobby ist für Männer bedeutsamer als für Frauen, verliert aber bei beiden Geschlechtern mit der Zahl der Jahre an Bedeutung; für 73 Prozent der 60-69jährigen gegenüber 53 Prozent der 80jährigen und älteren ist dieser Bereich wichtig.

Tabelle 5.2.: Wichtigkeit ausgewählter Lebensbereiche über 60jähriger nach demographischen und sozialen Merkmalen 1992 - in Prozent -

Bereich	Schulabschluß					
	unter 8 Klassen	8. Klasse	10. Klasse	Abitur		
Bildung						
- wichtig	72	89	96	100		
- weniger wichtig	22	9	4	0		
- unwichtig	6	2	0	0		
Demokratie						
- wichtig	58	67	80	82		
- weniger wichtig	28	27	15	9		
- unwichtig	14	7	5	9		
Politik						
- wichtig	27	35	47	55		
- weniger wichtig	42	42	39	32		
- unwichtig	31	23	14	13		
Religion						
- wichtig	41	29	30	20		
- weniger wichtig	29	38	26	27		
- unwichtig	30	33	44	53		
Bereich	Berufliche Qualifikation					
	keine	Teil- facharbei- ter	Fach- arbei- ter	Meister/ Tech- niker	Fach- schul- ab- schluß	Hoch- schul- ab- schluß
Bildung						
- wichtig	82	86	89	100	96	100
- weniger wichtig	15	9	10	0	4	0
- unwichtig	3	6	1	0	0	0
Demokratie						
- wichtig	57	57	68	75	84	88
- weniger wichtig	31	29	27	23	12	5
- unwichtig	12	14	5	2	4	7
Politik						
- wichtig	22	38	37	44	51	58
- weniger wichtig	45	35	43	33	38	30
- unwichtig	33	27	20	23	11	12
Religion						
- wichtig	41	35	27	33	26	7

- weniger wichtig	37	35	37	35	31	21
- unwichtig	22	30	36	32	43	72

-----Quelle:

sfz/senioren '92 nbl

Im Verlaufe des Transformationsprozesses hat sich die Wichtigkeit einzelner Lebensbereiche verändert.

Tabelle 5.3.: Wichtigkeit einzelner Lebensbereiche über 60jähriger - Rangfolgen und Anteile in Prozent -

Lebensbereich, - bedingung	1987/1988 (n= 560)		1990 (n= 205)		1991 (n= 230)		1992 (n= 1001)	
	Rang- folge	%	Rang- folge	%	Rang- folge	%	Rang- folge	%
- Friedenssicherung	1.	86	*)		*)		1.	99
- harmonisches Familienleben	2.	76	*)		*)		4.	95
- Soziale Sicherheit	3.	68	2.	79	1.	88	2.	98
- Familienbeziehungen im Alter	4.	64	*)		*)		4.	95
- Arbeit	5.	63	6.	50	6.	66	8.	83
- Gesundheit	6.	61	4.	74	4.	76	3.	97
- Kinder	7.	55	7.	46	7.	54	7.	84
- Umwelt	8.	40	1.	84	3.	83	5.	90
- Wohnung	9.	39	9.	43	9.	38	9.	78
- Bildung	10.	37	10.	35	8.	39	6.	89
- Freizeit	11.	28	11.	32	10.	37	10.	69
- Demokratie und Mitbestimmung	12.	17	8.	45	11.	19	11.	68
- Einkommen	13.	16	3.	78	5.	75	*)	
- öffentl. u. private Sicherheit	*)		5.	73	2.	87	2.	98
- Politik	*)		*)		*)		12.	37
- Religion	*)		*)		*)		13.	29

*) nicht erfragt

Quelle: ISS/ältere Bürger 1988, ISS/Leben '90 DDR, ISS/Leben '91 Ostdeutschland, sfz/senioren '92 nbl

Es ist verständlich, daß Fragen der Friedenssicherung für Generationen, die einen, z. T. zwei Kriege, erlebt haben, von besonderer Relevanz sind. Es wird, daß sich die Wichtigkeit einzelner Lebensbereiche durch die Vereinigung Deutschlands und im Fortschreiten des Transformationsprozesses verändert haben, während andere in der Relevanzmessung gleichgeblieben sind. An der Spitze der Rangfolge stehen sozialdeterminierte Lebensbereiche, (Friedenssicherung, soziale Sicherheit, öffentliche und private Sicherheit) *) sowie private Lebensbereiche (Gesundheit), am un-

*) Im Gegensatz hierzu stellen andere Autoren fest, daß an der Spitze der Rangfolge private Lebensbereiche stehen. 6) Dies ist jedoch nur ein scheinbarer Widerspruch; die jeweiligen Fragestellungen bestimmen die Richtung der Antworten.

teren Ende stehen die Möglichkeiten politischen Einfluß auszuüben und religiöse Welt- und Lebensanschauungen.

Besonders wichtig, weil für die Einzelnen von existentieller Natur, ist die Gewährleistung sozialer Sicherheit, an Bedeutsamkeit gewonnen hat die öffentliche und persönliche Sicherheit, als Folge der Veränderung vormaliger Alltagsstrukturen.

In einer sauberen und intakten Umwelt zu leben, war nach den ersten Veröffentlichungen zur Umweltsituation in der ehemaligen DDR während und nach der Wende für viele "sehr wichtig" und nimmt als Lebensbereich nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert ein. Das Einkommen ist Anfang der 90er Jahre im Vergleich mit 1987/1988 bedeutend wichtiger geworden, spielte aber 1991 schon nicht mehr die dominierende Rolle wie ein Jahr zuvor.

Relativ stabil in der Rangfolge sind die privaten Bereiche Gesundheit, Partnerschaft, Wohnen und Freizeit geblieben. Verhältnismäßig unwichtig ist die Religion. Den sehr hohen Stellenwert, den die Arbeit einnimmt, hängt mit der ausgeprägten Arbeitsorientierung (Arbeit als Bedürfnis und Lebenswert) der ostdeutschen Bürger zusammen (vgl. Abschnitt 4.3.1.).

Außerdem dürften hier neben eigenen Erfahrungen auch die Sorge um die berufliche Zukunft der Kinder und Enkelkinder eine Rolle spielen. Demokratische Verhältnisse und Mitbestimmung hatten in der ehemaligen DDR keinen allzu großen Wert, wie der seinerzeitige vorletzte Platz auf der Rangskala ausweist.

Nach einer Zunahme der Wichtigkeit 1990 hat dieser Bereich inzwischen wieder an Bedeutsamkeit verloren. Ob der Grund dafür die (erneute) soziale Erfahrung ist, daß man bei gegebenen krisenhaften Situationen ohnehin nichts ausrichten kann, oder ob es für viele ältere Menschen schwieriger ist, neue Gewohnheiten zu entwickeln oder positive Quellen für ihren Lebenssinn zu finden, kann nur hypothetisch angenommen werden. Denkbar ist auch, daß die z. T. mit zunehmendem Alter einhergehenden existentiellen Einschränkungen (Krankheit, psychophysiologischen Einschränkungen, Verlust des Lebenspartners u. a. dazu führen, daß sich die subjektive Orientierung bei älteren Menschen immer mehr auf die eigene Persönlichkeit und die zunehmend kleiner werdende noch zugängliche Welt (Wohnung, Familie, im Extremfall Zimmer, Bett) konzentriert. 7) *)

5.2. Allgemeine Lebenszufriedenheit

Die Gesamtbewertung aller Lebensumstände hat sich nach den hier ausgewerteten Untersuchungen bei den älteren Bürgern verbessert; die Hälfte der Befragten waren 1992 zufrieden, 8 Prozent unzufrieden.

Tabelle 5.4.: Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig - alles in allem mit Ihrem Leben? - in Prozent -

Zufriedenheitsgrad	Leben '91 (Mai '91)	Leben '92 (April '92)	Senioren '92 (Mai/Juni '92)
- sehr zufrieden	4	5	6
- zufrieden	39	43	49
- teilweise zufrieden	46	42	37
- unzufrieden	9	10	7
- sehr unzufrieden	2	2	1

Quelle: ISS/Leben '91 Ostdeutschland; sfz/Leben '92 nbl/Senioren '92 nbl

Wie beim Stellenwert einzelner Lebensbereiche variiert auch die allgemeine Zufriedenheit nur unwesentlich nach demographischen und sozial relevanten Merkmalen. Relativ unzufrieden sind die 80jäh-rigen und Älteren, die Geschiedenen, diejenigen, die eine höhere Schulbildung und berufliche Qualifikation haben sowie die Landwirte. Des weiteren spielt das Einkommen für die empfundene Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit der Lebenssituation eine Rolle sowie der Gesundheitszustand.

Anmerkung:

*) Die hohe Besetzung der einzelnen Gruppen (Antworthäufigkeit) 1992, die in allen Bereichen bedeutend über den Prozentanteilen der Untersuchung aus dem Jahre 1987/1988 liegt, ist vor allem als "Methodeneffekt" erklärbar.. In beiden Untersuchungen, die als standardisierte Interviews durchgeführt wurden, sind verschiedene Antwortvorgaben angewandt worden, (1987/1988: "sehr wichtig", "wichtig", "nicht so wichtig", 1992: "wichtig", "weniger wichtig" und "unwichtig". Möglicherweise spielt aber auch eine "größere" Sensibilisierung durch die Geschwindigkeit und Intensität der sich rapide verändernden Lebensumstände eine Rolle.

Tabelle 5.5.: Allgemeine Zufriedenheit über 60jähriger nach demographischen und sozialen Merkmalen 1992 - in Prozent -

Merkmale der Befragten	sehr zu- frieden	zufrieden	teilweise zufrieden	un- zufrieden	sehr un- zufrieden
Insgesamt	6	49	37	7	1
Geschlecht					
- Frauen	6	49	37	7	1
- Männer	7	47	37	8	1
Alter					
- 60-69	5	49	37	8	-

- 70-79	6	52	36	5	1
- 80 u. älter	10	40	36	8	4
Familienstand					
- verheiratet	5	48	40	6	1
- ledig	2	49	43	4	2
- geschieden	7	45	34	10	4
- verwitwet	8	50	33	8	1
Schulbildung					
- unter 8 Klassen	13	42	35	8	2
- 8. Klasse	6	49	36	7	1
- 10. Klasse	5	45	42	7	1
- Abitur	2	50	34	14	-
berufl. Qualifikation					
- keine	8	47	32	10	2
- Teilfacharbeiter	-	58	36	6	-
- Facharbeiter	6	48	39	7	-
- Meister/Techniker	14	60	22	3	-
- Fachschule	4	51	42	2	1
- Hochschule	4	32	44	20	-
frühere Tätigkeit					
- Arbeiter	8	46	37	7	1
- Landwirt	4	54	27	14	1
- Angestellter	6	49	39	5	1
- Intelligenz	3	45	45	7	-
- Handwerker u.a.	7	53	29	10	1
Rente in DM					
- unter 800	5	49	33	11	2
- 800 - 999	4	42	45	8	1
- 1000 - 1249	10	50	35	4	1
- 1250 - 1499	7	53	32	7	1
- über 1500	8	57	32	2	1

Quelle: sfz/Senioren '92 nbl

Tabelle 5.6.: Zusammenhänge zwischen allgemeiner Zufriedenheit
und Gesundheitszustand nach Geschlecht - in Prozent-

Gesundheits-	Allgemeine Zufriedenheit				
	sehr zufrieden	zufrieden	teilweise zufrieden	unzu- frieden	sehr unzufrieden

Mann					
- gesund und leistungs- fähig	5	58	30	7	0
- leicht be- einträchtigt	11	40	38	11	0
- dauernd Beschwerden	2	39	49	7	3
- Leiden, das stark be- hindert.	7	48	34	7	4

Frau

- gesund und leistungsfähig	9	50	36	4	1
- leicht beeinträchtigt	5	53	36	6	0
- dauernd Beschwerden	5	49	35	10	1
- Leiden, das stark behindert.	4	39	45	9	3

Quelle: sfz/senioren '92 nbl

5.3. Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbedingungen

Die Veränderungen in den objektiven Lebensverhältnissen finden ihren Niederschlag in den subjektiven Bewertungen der verschiedenen Lebensbereiche.

Tabelle 5.7.: Zufriedenheit über 60jähriger mit einzelnen Lebensbedingungen 1992 - in Prozent -

Bereich	zufrieden	teilweise zufrieden	unzufrieden
- Wohnung	73	20	7
- Einkaufsmöglichkeiten	60	20	20
- Gesundheitswesen	59	34	7
- soziale Sicherheit	30	49	21
- öffentliche Verwaltung	18	52	30
- Umweltsituation	15	50	35
- Einkommen und Preise	15	43	42
- öffentliche Sicherheit	7	36	57

Quelle: sfz/Senioren '92 nbl

Die folgende Tabelle zeigt, daß sich erwartungsgemäß vor allem die Zufriedenheit hinsichtlich des Warenangebots verbessert hat, (1992 wurde nach der Zufriedenheit mit den Einkaufsmöglichkeiten gefragt). Erhöht hat sich in den vergangenen zwei Jahren die Bewertung des Verhältnisses von Einkommen und Preisen (allerdings auf einem insgesamt relativ niedrigem Niveau), des Gesundheitswesens, der örtlichen Verwaltung und der Umweltsituation.

Tabelle 5.8.: Veränderung der Zufriedenheit über 60jähriger mit einzelnen Lebensbereichen 1990-1992 - in Prozent -

Bereich	Jahr	zufrieden	teilweise zufrieden	unzufrieden
Wohnung	1990	83	13	4
	1991	79	18	3
	1992	73	20	7
Gesundheitswesen	1990	49	37	14
	1991	49	37	14
	1992	58	34	7
soziale Sicherheit	1990	49	38	13
	1991	21	43	36
	1992	30	49	21
öffentl. Verwaltung	1990	12	49	39
	1991	15	42	43
	1992	18	52	30
Umwelt	1990	8	19	73
	1991	14	30	56
	1992	15	50	35
Einkommen u. Preise	1990	2	33	65
	1991	4	26	70
	1992	15	43	42
öffentl. Sicherheit	1990	27	52	21
	1991	18	41	41
	1992	7	36	57
Warenangebot	1990	33	47	20
	1991	73	24	3
	1992 *)			

*) nicht erfragt

Quelle: ISS/Leben '90 DDR, ISS/sfz/Leben '91 Ostdeutschland, sfz/Senioren '92 nbl

Mit der sozialen Sicherheit sind 30 Prozent zufrieden, aber 21 Prozent unzufrieden. Der relativ starke Rückgang der Zufriedenen und die Zunahme der Unzufriedenen um fast das Dreifache betreffend der sozialen Sicherheit 1991, ist mit dem damals vorherrschenden Ungewißheiten über künftige Renten- und Mieterhöhungen, Umlagen für Betriebskosten u. ä. sowie über die Möglichkeiten der Inanspruchnahme medizinischer und sozialer Betreuungsleistungen u.a. zu erklären. Am unzufriedensten sind die Älteren mit der öffentlichen und persönlichen Sicherheit; der Anteil der Zufriedenen ging um 20 Prozentpunkte zurück, der der Unzufriedenen hat sich fast verdreifacht. Das Bild, wie ältere Ostdeutsche ihre Lebensverhältnisse bewerten, wird vervollständigt durch die Fragestellung, welche Bedingungen sich seit der Wende verändert haben.

Tabelle 5.9.: Veränderungen in den Lebensbedingungen über 60jähriger seit der Wende - in Prozent -

	verbessert	gleichgeblieben	verschlechtert
- finanzielle Möglichkeiten	46	30	23
- Familiensituation	5	84	9
- Freizeitangebote	17	58	22
- Ihre Gesundheit	3	57	39
- anderes, was wichtig ist	4	18	9

Differenz zu 100 Prozent: keine Angaben

Quelle: sfz/Senioren '92 nbl

Was die finanziellen Möglichkeiten anbelangt, vertreten 31 Prozent der befragten über 60jährigen die Auffassung, daß ihr Einkommen im großen und ganzen die Befriedigung ihrer Bedürfnisse ermöglicht, für 52 Prozent trifft das mit bestimmten Einschränkungen zu und für 17 Prozent reicht das Einkommen dafür nicht aus.

Tabelle 5.10.: Ermöglicht Ihr monatliches Einkommen im großen und ganzen die Befriedigung Ihrer Bedürfnisse - in Prozent -

	1990 (n= 206)	1991 (n= 230)	1992 (n= 1001)
- ja	26	21	31
- ja, mit bestimmten Einschränkungen	54	54	52
- nein, es ist ziemlich knapp	20	25	17

Quelle: ISS/Leben '90 DDR, ISS/sfz/Leben '91 Ostdeutschland, sfz/Senioren '92 nbl

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die älteren Menschen in der DDR zwar nicht besser gelebt, sich aber sozial sicherer gefühlt haben.

5.4. Zukunftszuversicht älterer Menschen

Der rasche Prozeß der rechtlichen und institutionellen Anpassung und die sich sehr viel langsamer vollziehende Umstellung des Alltagslebens, die nach wie vor als andauernde Umbruchsituation empfunden wird, läßt spezifische Hoffnungen und Befürchtungen aufkommen. Annähernd 30 Prozent der 1992 befragten älteren Menschen haben vor allem Hoffnungen, jede(r) Vierte vor allem Befürchtungen.

Tabelle 5.11.: Frage: Wenn Sie an die Entwicklung in den nächsten Wochen denken, haben Sie dann ...?
- in Prozent -

	1991	1992
- vor allem Hoffnungen	20	28
- vor allem Befürchtungen	28	25
- sowohl Hoffnungen als auch Befürchtungen	52	42
- ich weiß nicht	1	5

Quelle: ISS/sfz/Leben '91 Ostdeutschland, sfz/Senioren '92 nbl

Aufgrund der eigenen sozialen Erfahrung relativieren sich für die neuen Bundesbürger sowohl Hoffnungen als auch Befürchtungen, wobei die älteren eine geringfügig positivere Sichtweise als die jüngeren haben. Für sie ist die Zukunft, bei allen psychischen und emotionalen Belastungen, berechenbarer als für jene, die von Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit betroffen sind oder die um den Verlust ihres Arbeitsplatzes bzw. um die ABM-Stelle fürchten müssen.

Der Vergleich der Zukunftszuversicht nach sozial relevanten Merkmalen macht erneut sichtbar, daß es vor allem die Merkmale Schulbildung, berufliche Qualifikation und frühere Stellung im Arbeitsprozeß sind, die Unterschiede in den subjektiven Einschätzungen konstituieren. Zunehmende Bildung und Qualifikation und höhere berufliche Positionen gehen einher mit einer weniger optimistischen Sichtweise.

Tabelle 5.12.: Zukunftszuversicht über 60jähriger nach demographischen und sozialen Merkmalen 1992 - in Prozent

Merkmale der Befragten	vor allem Hoffnungen	vor allem Befürchtungen	sowohl Hoffnungen als auch Befürchtungen	ich weiß nicht
Insgesamt	28	25	42	5
Geschlecht				
- Frauen	27	25	43	5
- Männer	29	26	41	4
Alter				
- 60-69	27	26	43	4
- 70-79	31	24	39	6
- 80 u. älter	27	25	45	3
Familienstand				
- verheiratet	28	24	44	4

- ledig	22	31	41	6
- geschieden	19	36	41	4
- verwitwet	30	24	41	5
Schulbildung				
- unter 8 Klassen	25	24	39	12
- 8. Klasse	31	23	41	5
- 10. Klasse	16	30	52	2
- Abitur	12	39	45	4
berufl. Qualifikation				
- keine	31	25	37	7
- Teilfacharbeiter	23	24	47	6
- Facharbeiter	30	24	41	5
- Meister/Techniker	45	14	40	1
- Fachschule	20	27	51	2
- Hochschule	9	40	49	2
frühere Tätigkeit				
- Arbeiter	30	27	39	4
- Landwirt	29	23	46	3
- Angestellter	27	24	45	4
- Intelligenz	12	38	49	1
- Handwerker und andere	37	18	33	12
Rente in DM				
- unter 800 DM	27	26	41	6
- 800 - 999 DM	24	28	44	4
- 1000 - 1249 DM	33	25	36	6
- 1250 - 1499 DM	27	19	50	4
- über 1500 DM	31	24	43	2

-----Quelle:

sfz/Senioren '92 nbl

Nach ihren Sorgen und Ängsten befragt, dominieren bei den über 60jährigen die Ängste vor Gewalt und Kriminalität, Rechtsradikalismus sowie die Sorge um die weltpolitische Lage, gefolgt von der Angst vor Preis- und Mieterhöhungen und vor der Entwertung der Ersparnisse. Erst dann kommen individualbezogene Sachverhalte, wie die Angst auf fremde Hilfe angewiesen zu sein, die Sorge um die Gesundheit und die eigenen finanziellen Verhältnisse. Fast ein Drittel befürchtet Sozialempfänger(in) zu werden, keine Sorgen und Probleme haben nur rund 3 Prozent der befragten älteren Menschen.

Tabelle 5.13.: Sorgen und Ängste über 60jähriger 1992 (Mehrfachnennungen möglich) - in Prozent -

Sorgen und Ängste	ja	nein	keine Antwort
- die weltpolitische Lage	77	21	2
- Angst, einmal auf fremde Hilfe angewiesen zu sein	59	40	1
- Gesundheit	55	44	1
- finanzielle Verhältnisse	43	56	1
- Angst, Sozialhilfeempfänger(in) zu werden	31	66	3
- Alleinsein, Einsamkeit	20	75	5
- Zustand der Wohnung	19	79	2
- Angst vor nicht ausreichender gesundheitlicher Betreuung	19	79	2
- Verhältnis zu Kindern und Verwandten	7	90	3

Angst vor			
- Gewalt und Kriminalität	93	7	0
- Rechtsradikalismus	89	10	1
- Preiserhöhungen	75	24	1
- Mieterhöhungen	65	27	8
- Entwertung der Ersparnisse	63	35	2
- der Zukunft	40	57	3
- ich habe keine Sorgen und Probleme	3	-	-

Quelle: sfz/Senioren '92 nbl

Vergleicht man dieses Ergebnis mit Befragungsergebnissen des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik 1987/1988, so hat sich die Zahl derjenigen, die Sorgen und Probleme haben, seitdem fast verzehnfacht. 8)

Entsprechend den - vergleichsweise - schlechteren Lebenslagen und dem hohen Ausmaß an psychischen und emotionalen Beeinträchtigungen, Unwägbarkeiten, Sorgen und Ängsten über die eigene Zukunft, ist das Niveau der Zufriedenheitsbewertungen einzelner Lebensbereiche oder des Lebens im allgemeinen in Ostdeutschland niedriger als in den alten Bundesländern. Die Bewertungen weisen ein Niveau auf, "wie es im Westen überwiegend bei typischen Problemgruppen (Arbeitslose; alleinlebende, einsame Ältere; dauerhaft gesundheitlich Beeinträchtigte) anzutreffen ist." 9)

Tabelle 5.14.: Gegenwärtige und erwartete Lebenszufriedenheit einzelner Bevölkerungsgruppen in Ost- und Westdeutschland 10)

	Lebenszufriedenheit 1) gegenwärtig in 5 Jahren					Bewertung der Lebensverhältnisse 2)		
						West	Ost	Region
	W-89	0-90	0-91	0-90	0-91			
	----- Mittelwerte -----							
Geschlecht								
- Männer	7,1	6,6	6,1	7,5	7,3	8,0	4,4	5,3
- Frauen	7,2	6,6	6,0	7,4	7,1	8,0	4,4	5,1
Altersgruppen								
- bis 30 Jahre	7,3	6,6	6,1	7,7	7,6	7,8	4,4	5,2
- 31 - 60 Jahre	7,1	6,5	5,8	7,5	7,0	8,0	4,3	5,2
- über 60 Jahre	7,1	6,6	6,5	7,2	7,1	8,2	4,5	5,3
Erwerbsübergänge								
- konstant erwerbstätig	7,2	6,7	6,2	7,6	7,5	7,9	4,5	5,3
- erwerbstätig- Kurzarbeit	-	6,4	5,3	7,5	6,8	7,9	4,2	4,8
- erwerbstätig- arbeitslos	5,8	6,3	4,8	7,4	6,8	7,9	4,1	4,9
- erwerbstätig- Vorruhestand	-	6,7	6,2	6,9	7,2	8,1	4,6	5,4
- Rentner	7,1	6,6	6,5	7,1	7,0	8,3	4,6	5,4
Insgesamt	7,2	6,6	6,0	7,5	7,2	8,0	4,4	5,2

1) Mittelwerte einer Zufriedenheitsskala von 0 bis 10 (0 "ganz und

gar unzufrieden"; 10 "ganz und gar zufrieden"). Frage: "Was meinen Sie, wie zufrieden sind Sie gegenwärtig - alles in allem - heute mit Ihrem Leben?; "Und was glauben Sie, wie wird es wohl in 5 Jahren sein?"

2) Mittelwerte einer Bewertungsskala von 1 bis 10 (1 "sehr schlecht"; 10 "sehr gut"). Frage: "Die Lebensverhältnisse für die Bürger sind in verschiedenen Teilen Deutschlands unterschiedlich. Wie gut kann man Ihrer Meinung nach in den folgenden Teilen Deutschlands leben? A: Hier in der Region, in der Sie wohnen; B: Im westlichen Teil Deutschlands (alte BRD) insgesamt gesehen; C: Im östlichen Teil Deutschlands (frühere DDR) insgesamt gesehen". Ergebnisse des SOEP-Ost ('91).

Quelle: SOEP-West (1989); SOEP-Ost (1990-1991)

Während sich das Niveau der Gesamtbewertung aller Lebensumstände von 1990 zu 1991 für jüngere Altersgruppen verschlechtert hat, trifft das für die über 60jährigen nicht zu, zumindest war es zu diesem Zeitpunkt nicht wesentlich rückläufig.

Die Befragung "Senioren '92 nbl" weist auf einen aufwärts gerichteten Trend hin. Immerhin stieg von 1991 zu 1992 der Anteil derjenigen älteren Menschen, die alles in allem mit ihrem Leben zufrieden sind von 43 Prozent auf 55 Prozent bzw. die zuversichtlich in die Zukunft blicken von 20 auf 28 Prozent. Dennoch sollte diese Tendenz nicht überbewertet werden. Angesichts der Sorgen und Ängste (vgl. Tabelle 5.13.) könnte der ohnehin nicht stark ausgeprägte Zukunftsoptimismus auch Ergebnis eines Kompensationseffekts für augenblicklich bestehende Defizite des subjektiven Wohlbefindens sein. Eine Grundvoraussetzung, um aus dem Spannungsfeld von unbewältigter Vergangenheit, überwältigender Gegenwart und z. T. angstbesetzter Zukunft herauszukommen, ist die Schaffung solcher Lebensbedingungen und -verhältnisse, in denen sich die Alten sozial sicher fühlen und die ihnen vielfältige Möglichkeiten bieten, aktiv am gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Gesellschaft teilzunehmen, ein Netz von sozialen Beziehungen und Kontakten zu knüpfen und welche ihnen im Bedarfsfall die erforderliche Betreuung und Pflege gewährleisten.

Literatur

- 1) W. Zapf. Der Untergang der DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung, in: B. Giesen, C. Leggewie (Hrsg.). Experiment Vereinigung - Ein sozialer Großversuch, Berlin 1991, S. 38
- 2) Vgl. K. Bönninger. Statement, in: Von der Einigung zur Einheit, Düsseldorf 1991, S. 117
- 3) K. Belwe. Zur psychosozialen Befindlichkeit der Menschen in den neuen Bundesländern ein Jahr nach der Vereinigung, in: BISS publik, Heft 8/1992, S. 13
- 4) F. J. Raddatz. Ich kann doch nicht mein Leben wegwerfen. Ein ZEIT-Gespräch mit Stefan Heym, in: DIE ZEIT, 6. 12. 1991, S. 65
- 5) K. Belwe. Psycho-soziale Befindlichkeit der Menschen in den neuen Bundesländern nach der Wende im Herbst 1989. Analysen und Berichte des Gesamtdeutschen Instituts Bonn, Nr. 1/1991, S. 15
- 6) D. Landua, A. Spellerberg, R. Habich. Der lange Weg zur Einheit - Unterschiedliche Lebensqualität in den "alten" und "neuen" Bundesländern, Arbeitspapier P 91-101, Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung, WZB 1991, S. 6
- 7) Vgl. zu diesem Problemkreis, U.M. Staudinger, F. Dittmann-Kohli. Lebenserfahrung und Lebenssinn, in: P. B. Baltes und J. Mittelstraß (Hrsg.). Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung, Berlin, New York 1992
- 8) Vgl. K.-P. Schwitzer et. al. Altenreport'90 - Zur sozialen Lage von Altersrentnerinnen und Altersrentnern in der DDR, in: Blätter der Wohlfahrtspflege, 137 (1990) Sonderausgabe 10 + 11, S. 38
- 9) D. Landua. "Magere Zeiten", Eine Bilanz der Wohlfahrtsentwicklung in Ostdeutschland aus der Sicht der Betroffenen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", B 29-30/92 v. 10. Juli 1992, S. 38
- 10) ebenda, S. 40